AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 15 | 15. SEPTEMBER 2023 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCH

work

Alle an die grosse Lohn-Demo! Am 16.9. in Bern

Wunderplunder: Lea Hunzinger (24) – vom Notfall in die Manege. Seite 18

Alexandra Pirovino (74) hat ihr Leben lang hart gearbeitet. Trotzdem reicht ihre Rente nicht. work traf sie im Caritas-Laden.

«Guetzli gibt's nur für die Enkel!»

Kaufkraft-Krise konkret: 6 Sonderseiten 2–5 und 14–15

FOTOS: YOSHIKO KUSANO / SEVERIN NOWACKI / ISABELLE HAKLAR

Nirgendwo ein nackter Mann

Feministisches Künstlerinnenkollektiv nimmt in Zürich den Kunstbetrieb auseinander. Seite 13

Eisenleger fies reingelegt

Schwerer Schwarzarbeit-Verdacht bei staatlichen Baustellen in der Ostschweiz. Seite 7

Das Klima, das Kleben, die Kohle

Klima-Streikerin **Lena Bühler (20)** und Klima-Kleber **Eric Ducrey (47)** im work-Doppelinterview.

Seiten 10–11

workedito
Anne-Sophie Zbinden

DIE SCHWEIZ, DAS SCHAF

Mit viel Pathos und hoffentlich etwas weniger Weisswein feierte das Parlament am 12. September den 175. Geburtstag der Schweiz (auch wenn manche diesen lieber einem Mythos, einem deutschen Dichter und einem anderen Datum zuschreiben würden). Prost! «Das Theater ist klein, aber das Spektakel hat Grösse», berichtete der Franzose Alexis de Tocqueville. Nicht im Jahr 2023, sondern 1848. Weit weniger diplomatisch beschrieb der junge Friedrich Engels die Ereignisse vor der Staatengründung: Die «brutalen und bigotten Bergstämme» würden sich «störrisch gegen die Zivilisation und den Fortschritt stemmen». Was andere Zeitzeugen wie Louis Napoléon, Karl Marx oder Michail Bakunin über die Gründung des schweizerischen Bundesstaates dachten, hat Jonas Komposch auf Seite 9 zusammengetragen.

Es ist Zeit, die Schweiz vom Schaf zur Löwin zu machen.

ABSURD. *Seither hat die Verfassung zwei grosse Revisionen und Hunderte Teilrevisionen erfahren, und mit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 wurden endlich auch die Frauen Teil des Bundesstaates. Im Laufe der Zeit haben das Proporzsystem, der Gleichstellungsartikel oder der Beitritt zur Uno Einzug in die Verfassung gehalten. Aber auch einige absurde und völkerrechtlich umstrittene Vorlagen wie etwa Kleidungsvorschriften (Burka-Verbot) oder Turmbaubestimmungen (Anti-Minarett-Initiative).*

Am Anfang steht eine feierliche Erklärung, die Präambel. Sie beschwört die gemeinsamen Werte, dichtet der Verfassung ein Fundament. Alle politischen Couleurs spiegeln sich darin: Da ist von Freiheit und Unabhängigkeit die Rede, aber auch von Solidarität und Vielfalt und von «der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen». Auf nichts Geringeres als diesen Satz beziehen sich die «Renovate»-Aktivistinnen und -Aktivisten, besser bekannt als Klima-Kleber. Sie sehen sich ihren Kindern und Kindeskindern verpflichtet und weniger den wutschnaubenden Autofahrenden. Für Ex-Baubüezer und «Renovate»-Mitglied Eric Ducrey ist klar: die Klebe-Aktionen, die macht er für seinen Sohn (Seiten 10 und 11).

SCHAF. *Feierlich steht in der Präambel seit 1999 auch: «(…) die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen». Der Schriftsteller Adolf Muschg, der diesen Satz schrieb, sagte im «Blick»-Interview, er sei «überrascht» gewesen, dass dieser Satz überlebte, denn er habe «bei den politischen Praktikern keine Gegenliebe» gefunden. Kein Wunder! Wenn das Wohl der Schwachen die Stärke des Volkes ausmacht, dann ist die Schweiz ein Schaf, mit Tendenz zum Schäfchen. Denn das Geld ist zwar da, aber hauptsächlich gehortet von Gut- und Bestverdienenden. Die Lohnschere geht weiter auseinander: Die 37 Topkonzerne schütteten 2022 fast 76 Milliarden Kapitalgewinne ans Aktionariat aus. Das ist so viel wie der ganze Bundeshaushalt. Gleichzeitig sinken die tiefsten Löhne real, und die Mehrheit der Lohnabhängigen ächzt unter steigenden Lebensmittelpreisen, Mieten und Krankenkassenprämien (diese Seite).*

LÖWIN. *Konkret zeigt sich das in den Caritas-Märkten. Dort kaufen 14 Prozent mehr Leute ein als letztes Jahr. Darija Knežević hat in einem Caritas-Markt in Bern mit den Kundinnen und Kunden gesprochen (Seite 3). Zum Beispiel mit Alexandra Pirovino (74), die an diesem Tag für knapp drei Franken einkauft. Mehr liegt nicht drin. Mit ihrer Rente kommt sie nicht über die Runden, obwohl sie ein Arbeitsleben lang gearbeitet hat. Aline Masé, Leiterin Sozialpolitik bei Caritas, warnt, dass Armut plötzlich auch Normalverdienende treffen könne. Es ist Zeit, endlich auch diesen Teil der Verfassung zu respektieren und die Schweiz vom Schaf zur Löwin zu machen.*

Alle an die grosse Lohn-Demo! Am 16.9. in Bern

Firmen und bürgerliche Parteien ignorieren Kaufkraft-Krise

Das Geld ist da – aber am falschen Ort

Klemmen bei den Löhnen, knausern bei den Prämienverbilligungen: Arbeitgebern und bürgerlichen Parteien sind die Kaufkraft-Nöte der Mehrheit in diesem Land egal. Die Schweiz wird immer reicher, die Ungleichheit immer grösser.

CLEMENS STUDER

Die Zahlen sind so klar wie erschreckend: Die Löhne und Renten der Lohnabhängigen und der Pensionierten sind immer weniger wert. Seit vier Jahren in Folge sinken die Reallöhne. Die Teuerung, der Krankenkassenprämien-Schock und die höheren Mieten belasten die Haushalte stark. Dazu kommen der Anstieg der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent auf Anfang 2024 sowie die Strompreiserhöhungen (siehe Seite 4). Ein Paar mit zwei Kindern wird im nächsten Jahr real rund 3000 Franken weniger Geld zur Verfügung haben als im Jahr 2020. Ausser es gibt endlich substantielle Lohnerhöhungen und die bürgerlichen Mehrheiten in Bund und Kantonen hören auf, wirksame Gegenmassnahmen zu verweigern.

An einer Medienkonferenz haben die Gewerkschaften aktualisierte Zahlen zur Lage der Lohnabhängigen vorgestellt. SGB-Chefökonom Daniel Lampart bringt sie so auf den Punkt: «Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen haben real weniger Lohn. Die obersten 50 000 – also Personen mit mindestens 300 000 Franken Lohn – und die Aktionärinnen und Aktionäre dagegen wurden von den Arbeitgebern vergoldet.»

«Es gibt genug Hebel, um die Preissteigerungen zu bremsen.»
SGB-CHEF PIERRE-YVES MAILLARD

90 PROZENT LEIDEN

Unia-Chefin Vania Alleva sagt: «Der statistische Befund entspricht dem, was wir in unserem gewerkschaftlichen Alltag erleben, wenn wir in Läden, in Betrieben oder auf Baustellen unterwegs sind.» Und sie konkretisiert: «90 Prozent der Arbeitnehmenden spüren deutlich die steigenden Krankenkassenprämien sowie Energie- und Verkehrspreise, teurere Nahrungsmittel und neu auch noch steigende Mieten: Diese Angestellten können sich immer weniger leisten beziehungsweise kommen gar nicht mehr über die Runden. Und dennoch verweigern die Arbeitgeber weitherum die überfälligen Lohnerhöhungen.»

IM MINUS: Seit vier Jahren in Folge sinken die Reallöhne. FOTO: ADOBE (2)

WAS NÖTIG IST

Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen in der Grössenordnung von 5 Prozent. Wer eine Berufslehre abgeschlossen hat, soll mindestens 5000 Franken im Monat verdienen. Der Teuerungsausgleich muss in den Gesamt- und übrigen Arbeitsverträgen wieder selbstverständlich sein.

Der volle Teuerungsausgleich und ein anständiger Anteil an den Produktivitätsgewinnen sind die eine Seite des Kampfes gegen die zusammenbrechende Kaufkraft der Lohnabhängigen. Weitere Massnahmen könnten Bund und Kantone ergreifen. Aber die bürgerlichen Mehrheiten weigern sich, die Kaufkraft-Krise zu bekämpfen. SGB-Chef Pierre-Yves Maillard sagt es so: «Geld ist genug da. Die öffentliche Hand verfügt über milliardenschwere Spielräume, die es ihr ermöglichen würden, die Prämienerhöhungen und Preissteigerungen beim öffentlichen Verkehr abzumildern. Und schliesslich gibt es genug Hebel, um die Preissteigerungen zu bremsen wie zum Beispiel beim Strom.»

LAUTER WECKRUF

Das Geld ist da, die Schweiz produziert dank ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine immer grössere Menge an Reichtum. Aber dieser ist ungerechter verteilt als je zuvor. Unia-Chefin Vania Alleva: «Die 37 Topkonzerne schütteten 2022 Kapitalgewinne an die Aktionärinnen und Aktionäre aus, die mit fast 76 Milliarden Franken dem ganzen Bundeshaushalt entsprechen. Und gleichzeitig sanken dort die tiefsten Löhne real.» (work berichtete, **www.rebrand.ly/abzocker.**)

Darum mobilisieren die Gewerkschaften zur nationalen Kaufkraft-Demo. SGB-Präsident Maillard: «Es liegt nun an uns, laut und deutlich zu sagen, dass es so nicht weitergehen kann. Wir erheben unsere Stimme, und wir tun dies insbesondere mit unserer Demonstration vom 16. September in Bern. Und die Demo ist erst der Anfang. Weiter geht es an der Urne, bis zur Reihe von sehr wichtigen Abstimmungen zu Renten und Krankenkassenprämien im Frühling 2024.»

WORK-SCHWERPUNKT KAUFKRAFT

- **Günstige Lebensmittel:** Reportage aus dem Caritas-Markt **Seite 3**
- **Strompreis:** Fette Aufschläge, dünne Begründung **Seite 4**
- **BVG:** Der Raubzug geht unverfroren weiter **Seite 4**
- **Lohn-Demo Bern:** «Darum sind wir dabei» **Seiten 4 + 5**
- **Service:** Wo Sie in Geldnot Hilfe bekommen / So gehen Sie vor bei Mietzinserhöhung **Seiten 14 + 15**

Arbeitgeberverbände verzögern mit Rekursen Mindestlöhne in Zürich und Winterthur

Gewerbler pfeifen auf den Volkswillen

Mit massiven Mehrheiten hat sich das Volk in Zürich (69 Prozent) und Winterthur (66 Prozent) für städtische Mindestlöhne ausgesprochen. Das passt den Gewerbeverbänden gar nicht.

CLEMENS STUDER

Arbeitgeber-Ideologen und ihre Politikerinnen und Politiker wollen keine Mindestlöhne. Nicht in Gesamtarbeitsverträgen, nicht in der Bundesverfassung, nicht in Kantonsverfassungen, nicht in Städten. Geht es um nationale Mindestlöhne, sehen sie den Föderalismus verletzt. Geht's um kantonale Mindestlöhne, sehen sie die Kantone gegenüber Nachbarkantonen benachteiligt. Und geht es um städtische Mindestlöhne, sehen sie die Städte gegenüber den Agglomerationsgemeinden benachteiligt.

Das ist zwar alles durchsichtig. Aber die Verbände haben Geld – und darum greifen sie bei einem Volks-Ja zu Mindestlöhnen die Entscheide juristisch an. Damit haben sie zwar nie Erfolg, können aber die Abschaffung von Hungerlöhnen verzögern.

Diesen Plan verfolgen jetzt auch der Gewerbeverband der Stadt Zürich, die Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur und der KMU-Verband Winterthur. Sie haben gegen die klaren Volksentscheide für Mindestlöhne in Winterthur und Zürich Rekurse eingereicht. Diese dürften zwar chancenlos sein. Schliesslich hat das Bundesgericht sich bereits für kantonale Mindestlöhne ausgesprochen, nachdem die Neuenburger Arbeitgeber in einer Kaskade von Beschwerden bis vors höchste Gericht gezogen waren. Und damit die Neuenburger Mindestlöhne um sechs Jahre verzögert und die Überausbeutung der Geringverdienenden durch Dumping-Arbeitgeber verlängert hatten.

HUNGERLOHN-TRIO: Mitte-Politikerin Nicole Barandun-Gross, Gewerbeverband Stadt Zürich; Mitte-Politiker Thomas Anwander, Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur; Reinigungsunternehmerin Désirée Schiess, KMU-Verband Winterthur (v. l.). FOTOS: PD

GUTACHTEN SIND KLAR

Dabei liegen Gutachten von renommierten Juristen vor. Eines hatten die Mindestlohn-Initiativkomitees in Auftrag gegeben, das andere die Städte nach Einreichung der Initiativen. Ergebnisse: Städtische Mindestlöhne sind rechtens und zulässig.

Für Serge Gnos, Co-Leiter Unia Zürich-Schaffhausen, ist klar: «Mit seiner Weigerung, das klare Votum der Stimmbevölkerung anzuerkennen, macht es der Gewerbeverband möglich, dass in Zürich und Winterthur auf Jahre hin weiter Dumpinglöhne im Verkauf, im Service und in der Reinigung gezahlt werden. Es langt! Über 20 000 Menschen in Zürich und Winterthur verdienen endlich Löhne, von denen sie leben können.»

Rentnerin Alexandra Pirovino (74) kauft im Caritas-Markt ein:

«Heute gibt's nur ein Gipfeli, Salat und Nektarinen für mich»

Der Caritas-Markt in Bern verkauft günstige Lebensmittel und entlastet so knappe Haushaltsbudgets. Täglich bilden sich Warteschlangen vor dem Laden.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Um 9.30 Uhr herrscht im Caritas-Markt in Bern Hochbetrieb. Obwohl der Markt erst in einer halben Stunde öffnet, haben die vier Mitarbeitenden schon alle Hände voll zu tun. Sie füllen die Regale mit Fruchtsäften, Reis und Eiern auf. Ein Mitarbeiter packt älteres Obst und Gemüse ab, das nochmals um 50 Prozent reduziert wird. Die Schale Erdbeeren von gestern verkauft der Markt heute für 90 Rappen. Im Eiltempo richten die Mitarbeitenden alles her, damit bei Ladenöffnung alles pünktlich an Ort und Stelle steht.

Draussen warten 15 Personen, bis die Uhr 10.00 Uhr anzeigt. Zuvorderst in der Schlange steht Adelina Gashi* (64) mit ihrem Einkaufswägeli. Sie ist frisch pensioniert und hat vorher ihr Leben lang als Pflegerin gearbeitet. Immer in einem Teilzeitpensum, um sich zu Hause noch um ihre Kinder zu kümmern. «Ich habe viel gearbeitet, zu Hause und am Arbeitsplatz. Doch von der vielen Arbeit habe ich jetzt Rückenschmerzen statt eine solide Rente», so Gashi. Sie kommt wöchentlich zum Caritas-Markt. Heute stehen auf ihrem Einkaufszettel Brot, Zwiebeln, Tomaten und Waschmittel.

Die Wartenden halten alle einen Einkaufszettel in den Händen, Spontaneinkäufe liegen nicht drin. Sobald der Laden öffnet, füllen sie zielstrebig ihre Einkaufskörbe. Beliebte Artikel sind bis am Mittag ausverkauft, etwa das frische Brot für vierzig Rappen pro Pfünderli. Alexandra Pirovino (74) hat heute für knapp drei Franken eingekauft. Sie ist schon viele Jahre Kundin beim Caritas-Markt. Denn mit ihrer Rente kommt sie nicht über die Runden, obwohl sie in ihrem Job als Büroangestellte nicht schlecht verdiente. «Ich musste lernen, mit sehr wenig zu leben. Deshalb gab es heute nur ein Gipfeli, Salat und Nektarinen für mich. Die Nussstengeli sind für meine Enkel.»

ARMUTSBETROFFENE FAMILIEN

Dass hier viele Menschen für ihre Familien einkaufen, sieht man auch auf dem Förderband an der Kasse. «Cornflakes und Milch für meine Tochter, das ist ihr Lieblingsfrühstück», so eine Kundin. Ihre vierköpfige Familie muss mit wenig Geld klarkommen. Für den Einkauf kommt sie mit dem Bus aus Ostermundigen. Betriebsleiter Daniel Lauper: «Das Einzugsgebiet unseres Markts ist sehr gross. Teilweise reist die Kundschaft sogar aus Burgdorf an.»

Pavlo Somka (40) hat keinen weiten Anreiseweg, er wohnt gleich im Quartier. Doch erst seit knapp einem Jahr. Mit seiner Frau und dem gemeinsamen Sohn sind sie aus der Ukraine geflüchtet. «Zurzeit lerne ich Deutsch und suche einen Job», sagt er. Gekauft hat er heute Kartoffeln, ein Duschgel, Kaffee, Tiefkühlprodukte und weiteres. Für seinen Wocheneinkauf hatte er 25 Franken zur Verfügung.

EINE KRISE JAGT DIE NÄCHSTE

Nach 11.00 Uhr kehrt etwas Ruhe im Markt ein. «So läuft es eigentlich jeden Tag ab. Besonders stressig ist es zum Monatsanfang oder an den Wochenenden», sagt Leiter Lauper. In sechs Jahren bei Caritas hat er schon mehrere Krisen miterlebt. Auch jetzt spürt er eine höhere Nachfrage: «Mit der Teuerung kommt die Armut bis in die Mitte der Gesellschaft. Weil sich aber viele für ihre finanziellen Nöte schämen, brauchen sie viel Überwindung, bis sie bei uns im Laden stehen.» (Siehe Interview unten.)

Beliebte Artikel sind bereits am Mittag ausverkauft.

Wer beim Caritas-Markt einkaufen möchte, braucht eine Kulturlegi. Dieser Ausweis ist für Menschen, die mit einem knappen Budget leben müssen (siehe Seite 15, «Kennen Sie die Kulturlegi?»). Einen solchen Ausweis hat auch Brigitta Roth (67) im Portemonnaie. Sie ist selbständig mit einer kleinen Boutique in Bern, ihr Einkommen ist tief und unregelmässig. Heute ist ihr beim Einkauf ein Glücksgriff gelungen: «Eine Tiefkühlpizza und ein Butterzopf, ich freue mich auf das feine Essen!»

* Name geändert

BUDGETFREUNDLICH: Alexandra Pirovino (grosses Bild), Pavlo Somka (oben) und Brigitta Roth (unten) sind froh um die tiefen Preise im Caritas-Markt. Sie haben alle eine Kulturlegi, die zum Einkauf hier berechtigt. Vor der Ladenöffnung um zehn Uhr haben Marktleiter Daniel Lauper (Mitte) und sein Team alle Hände voll zu tun damit, Regale aufzufüllen. FOTOS: YOSHIKO KUSANO

Aline Masé, Leiterin Sozialpolitik bei Caritas:

«Plötzlich kann Armut auch Normalverdienende treffen»

Mit der hohen Teuerung rutschen immer mehr Menschen in die Armut. Aline Masé, Leiterin Sozialpolitik bei Caritas, kennt die Ursachen.

work: Aline Masé, Sie setzen sich täglich mit Armut auseinander. Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Haben wir überhaupt ein Problem mit Armut?

Aline Masé: Definitiv, in der Schweiz sind viele Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Das sieht man konkret auch am Kundenaufkommen in unseren Caritas-Märkten. Im ersten Halbjahr 2023 wurden rund 14 Prozent mehr Einkäufe in unseren Märkten getätigt als in derselben Periode im Jahr 2022. Armut ist in unserer Gesellschaft nach wie vor ein Tabuthema und mit vielen Vorurteilen verbunden. Deshalb bleibt Armut oft versteckt und das Ausmass nicht sichtbar.

Aline Masé.
FOTO: ZVG

Im Caritas-Markt kaufen besonders viele Pensionierte ein. Ist Armut ein Altersproblem?

Nein, Armut ist nicht direkt ein Altersproblem. Armut im Alter ist meistens eine Folge davon, was während des Erwerbslebens passiert: Tiefe Einkommen über längere Zeit, eine Scheidung oder Krankheit können kurz- und langfristig zu finanziell schwierigen Situationen führen. Leider bedeutet auch eine Familiengründung oft ein Armutsrisiko. Familienexterne Kinderbetreuung ist für viele Eltern zu teuer, folglich reduziert ein Elternteil – meist die Mutter – das Erwerbspensum zugunsten der Kinderbetreuung deutlich, was wiederum ein tieferes Einkommen bedeutet. Im Alter rächt sich das: Wer ein Leben lang Teilzeit oder für einen tiefen Lohn gearbeitet hat, erhält keine oder nur eine kleine BVG-Rente. Und die AHV ist nicht existenzsichernd.

Gegen diese Armutsrisiken kann man politisch etwas unternehmen.

Korrekt. Man muss in anständige Löhne und Arbeitsbedingungen, Bildung und Kinderbetreuung investieren, um Armut in der Schweiz so effektiv wie möglich vorzubeugen. Würde man zum Beispiel Familien besser mit bezahlbaren Kita-Plätzen oder familienfreundlichen Arbeitsmodellen unterstützen, könnte man viele Betroffene und besonders auch die Kinder vor Armut schützen. Gerade für Working Poor ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit zentral. Die aktuellsten Zahlen des Bundesamtes für Statistik sprechen von fast 280 000 Personen, die zwar erwerbstätig sind, aber dennoch von Armut bedroht. Und von diesen Personen sind weitere Menschen finanziell abhängig. Seien es Kinder, Partner oder Eltern. Im Jahr 2021 lebten laut Statistik fast 650 000 Personen in einem Working-Poor-Haushalt.

«Armut bleibt oft versteckt, ihr Ausmass unsichtbar.»
ALINE MASÉ, CARITAS

Welche Rolle spielt die aktuelle Teuerung?

Wegen der steigenden Lebenshaltungskosten trifft die Armut neue Bevölkerungsgruppen. Dort, wo das Geld bisher knapp gereicht hat, reicht es heute nicht mehr aus. Wie schnell man in finanzielle Nöte kommen kann, hat uns in der jüngsten Vergangenheit die Corona-Pandemie gezeigt. Plötzlich kann Armut auch Normalverdienende treffen. Davon sind wir nicht mehr weit entfernt, wenn die Mieten, Krankenkassenprämien und Energiekosten weiter so stark steigen. (dak)

Energiekonzerne machen Milliardengewinne, Verbrauchende bluten

Strompreis: Fette Aufschläge, dünne Begründung

Unter der Kaufkraftkrise leiden Niedrigverdienende schon lange. Jetzt trifft sie die Mittelschicht mit voller Wucht. Das ist kein Naturgesetz, sondern die Folge bürgerlicher Politik. Zum Beispiel bei den Strompreisen.

CLEMENS STUDER

HOHE SPANNUNG, SATTE MARGEN: Die Gewinne der Energiekonzerne sind in der ersten Jahreshälfte 2023 förmlich explodiert. FOTO: KEYSTONE

Der Strom, der letztes Jahr aus den Schweizer Steckdosen kam, stammte zu rund 79 Prozent aus erneuerbaren Energien: zu 65 Prozent aus Grosswasserkraftwerken und zu knapp 14 Prozent aus Photovoltaik, Wind, Kleinwasserkraftwerken und Biomasse. Knapp 20 Prozent stammten aus Atomkraft und knapp 2 Prozent aus fossilen Energieträgern.

2022 stiegen die Strompreise für Haushalte und KMU im Mittel um 27 Prozent. Besonders hart von Aufschlägen betroffen waren Kundinnen und Kunden von Elektrizitätswerken, die eigentlich keine Werke sind, sondern Spekulanten. Ihr Geschäftsmodell: Sie kaufen den Strom an der Börse ein und verkaufen ihn dann teurer an ihre Kundschaft. Ganz besonders hart von Preissteigerungen getroffen mit Aufschlägen teilweise im dreistelligen Prozentbereich wurden jene Gewerbler und Gastronominnen, die ihren Verbänden glaubten. Und sich mit dem Schlachtruf «Einmal frei, immer frei» in den sogenannt freien Markt stürzten. Die Manager und das Aktionariat der grossen Stromkonzerne dagegen leben sehr gut davon, im internationalen Stromcasino zu spekulieren, statt die Versorgungssicherheit der Schweizer Haushalte und Unternehmen zu sichern.

Der Strompreis steigt im Mittel um 18 Prozent.

MILLIARDEN-GARANTIEN

Als «der Markt» als Folge der Verwerfungen nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine durchdrehte, hatten die Schweizer Stromkonzerne ein Problem. Zwar konnten sie ihren günstig produzierten Strom aus Wasserkraft und Uralt-Atommeilern plötzlich zum Preis verkaufen, den Strom aus Gaskraftwerken kostet. Der wurde wegen des explodierenden Gaspreises enorm teuer. Um ihre Wetten aufrechtzuerhalten, mussten Axpo, Alpiq & Co. Garantien hinterlegen. Es wurde eng. Und wie bei Banken, die sich verzocken, sprang der Bund auch hier ein und stand den Stromzockern mit einem Milliarden-Rettungsschirm bei. Über das irre Preisfestlegungsmodell im internationalen Stromhandel hat work am 16. September 2022 berichtet **(www.rebrand.ly/kein-unfall)** und prophezeit, dass die Stromkonzerne spätestens im laufenden Jahr Gewinne von Hunderten Millionen einfahren würden. Abgesichert durch Volksvermögen, ohne das die Konzerne den Stromcasino-Spieltisch hätten verlassen müssen. Und so kam es auch. Die Gewinne der Energiekonzerne sind im ersten Halbjahr 2023 explodiert. Alleine die Axpo fuhr 2,2 Milliarden Gewinn ein, und die Alpiq steigerte den ihren um über eine halbe Milliarde im Vergleich zum Vorjahr.

NOCH HÖHER

Während sich die Lage auf den Energiemärkten massiv entspannt hat, schlagen die meisten Elektrizitätswerke auf die bereits vergangenes Jahr explodierten Tarife noch einmal massiv drauf: im Mittel um 18 Prozent. Ausserdem sind 2024 im Strompreis zum ersten Mal die Kosten für die Stromreserve des Bundes enthalten. Die Stromkonzerne werden mit Steuergeldern dafür «entschädigt», dass sie, statt mit allem Strom zu spekulieren, mit einem kleinen Teil auch auf die Versorgungssicherheit schauen. Was sie offensichtlich nicht freiwillig machen. Die Gewerkschaften haben bereits im vergangenen Jahr gefordert, dass diese Kosten nicht auf die Haushalte abgewälzt werden, sondern – wenn schon – aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden.

Ein weiteres Geschenk auf Kosten der Strombeziehenden erhalten die Strombarone von SVP-Bundesrat Albert Rösti: 4,15 Prozent Kapitalkosten für ihre «Investitionsrisiken» dürfen sie zusätzlich auf die Konsumentinnen und Konsumenten überwälzen. Obwohl sie diese Investitionen bereits in den Strompreis einpreisen können.

Übrigens: Banken und Versicherungen sollen die Altersguthaben der Versicherten nur mit 1,25 Prozent verzinsen müssen (siehe Artikel unten).

Kommission will mickrige Mindestverzinsung von 1,25 Prozent

BVG: Der Raubzug geht unverfroren weiter

Unter der Umverteilung von unten nach oben leiden Niedrig-Verdienende schon lange. Jetzt trifft sie auch die Mittelschicht mit voller Wucht. Das ist kein Naturgesetz, sondern die Folge bürgerlicher Politik. Zum Beispiel bei den Pensionskassen.

CLEMENS STUDER

UNSANFTES RUHEKISSEN: Zu tiefe Mindestzinsen lassen die Vermögen der Pensionskassenversicherten schrumpfen. FOTO: KEYSTONE / GETTY

Das Pensionskassensystem kann die einst von der Finanzindustrie gemachten Versprechen schon längst nicht mehr halten. Für immer höhere Lohnabzüge gibt es immer weniger Rente. Besonders schlecht dran beim BVG sind Frauen und Geringverdienende. Jetzt hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit aus einer angekündigten Revision eine milliardenteure Abbauvorlage gezimmert, bei der alle verlieren – ausser der Finanzindustrie (nachzulesen unter **www.rebrand.ly/bvg-revision).** Die Gewerkschaften haben dagegen das Referendum ergriffen. Das Volk wird das letzte Wort haben.

Der Mindestzins ist seit Jahren zu tief.

ES LIEGT AM SYSTEM

Doch die offenen Angriffe sind das eine. Weniger sichtbar, aber für die Versicherten mindestens so schmerzhaft sind die im Pensionskassensystem eingebauten Angriffe auf ihr Einkommen und auf ihr Altersguthaben. Neben völlig überhöhten Spesen und Kosten, die ihnen von Banken, Versicherungen und Brokern seit Jahrzehnten unter unterschiedlichsten Bezeichnungen abgeknöpft werden, ist der Mindestzinssatz der Guthaben ein zentraler Punkt. Ursprünglich eingeführt, damit die Finanzindustrie die Anlageerträge auch tatsächlich den Versicherten weiterleitet, ist er zu einem weiteren Selbstbedienungsinstrument der Banken und Versicherungen geworden. Er ist seit Jahren systematisch zu tief und hinkt den tatsächlich erzielten Renditen massiv hinterher. Das heisst: die Versicherten schauen in die Röhre, in den Chefetagen und beim Aktionariat der Banken und Versicherungen klingeln die Kassen. Denn einzig den Mindestzinssatz im Obligatorium müssen die Pensionskassen wirklich bezahlen, alles andere ist quasi freiwillig.

KARTELL DER ABKASSIERER

Die Höhe des Mindestzinssatzes legt der Bundesrat auf Empfehlung der ausserparlamentarischen BVG-Kommission fest. Diese – die Vertreter der Finanzindustrie und der Arbeitgeber haben eine erdrückende Mehrheit – legt jetzt einen Zinssatz von 1,25 Prozent vor. Der liegt noch unter der Teuerung. Selbst im zweiten Jahr, nachdem die Zinsen deutlich gestiegen sind, will die BVG-Kommission die Verzinsung also auf einem extrem tiefen Niveau belassen. Damit verlieren die Altersguthaben der Versicherten weiter an Wert, am Ende des Arbeitslebens resultieren noch kleinere Renten. Die Gewerkschaften verlangen vom Bundesrat, die Mickrig-Empfehlung von 1,25 Prozent der BVG-Kommission zu ignorieren und den Mindestzinssatz für die Pensionskassen auf 2 Prozent festzulegen. Bei einem Altersguthaben in der Pensionskasse macht das 750 Franken aus, die entweder bei den Lohnabhängigen landen oder in den Kassen der Finanzindustrie.

Übrigens: Die mit einer faktischen Staatsgarantie ausgestattete UBS zahlt aktuell 1,75 Prozent Zins für Festgeld auf ein Jahr. Und ebenso viel bezahlt die Schweizerische Nationalbank für Geld, das Banken bei ihr parkieren.

FOTOS: ZVG

Alle an die grosse Lohn-Demo! Am 16.9. in Bern

Am Samstag, 16. September, in Bern ein starkes Zeichen setzen:

Demo gegen Kaufkraftverluste: Deshalb sind wir dabei!

«Automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung»

Allem voran die Mieten und der Strom werden immer teurer. Ich fahre an die Demo nach Bern und fordere die automatische Anpassung der Löhne an die Inflationsrate!»

Beat Schenk, 31, Elektriker

«Wir verlangen einen würdigen Lohn zum Leben»

Mich belasten nur schon die Kosten, die ich für meine Jobs aufwenden muss: ÖV-Tickets, Arbeitskleidung, der Znünikaffee. An Kino- oder Restaurantbesuche ist nicht mehr zu denken. Was wir verlangen, ist bloss ein würdiger Lohn zum Leben. Es geht nicht um Luxus, verdammt!»

Adriana Santos, 49, Reinigungs- und Gastroangestellte

«Die Zeit zum Leben wird immer weniger»

Als Immigrantin und Künstlerin hoffte ich, in der Schweiz die Chance auf ein besseres Leben zu haben. Ich könnte vielleicht Teilzeit arbeiten und mehr Zeit haben für meine Kunst. Aber jetzt stelle ich fest: Das einzige, was ich tue, ist arbeiten, um die Rechnungen zu bezahlen. Die Zeit zum Leben und für die Familie wird immer weniger. Das ist traurig.»

Inês Machado, 30, Produktionsmitarbeiterin und Performance Artist

«Wie ein Schneeball, der immer grösser wird»

Ich gehe auf die Strasse, weil ich sehe, wie die Teuerung meine Familie in der Schweiz und im Ausland hart trifft. Seit der Pandemie wurde ein Schneeball ins Rollen gebracht, der immer grösser wird. Wenn wir Werktätige nicht auf die Strasse gehen und für unsere Interessen einstehen, wird uns dieser Schneeball wegfegen.»

Jack Kolb, 23, Informatiker

«Ich gebe keine Ruhe»

Solange Frauen und queere Menschen diskriminiert werden, die Löhne und Renten nicht einmal mit der Inflation Schritt halten und die Klimakrise schlimmer wird – so lange gebe ich keine Ruhe. Ich gehe auf die Strasse, weil das Engagement unserer Vorgängerinnen und Vorgänger für eine soziale Schweiz nicht umsonst sein darf. Meine Message an meine Generation: Es liegt an uns, den Kampf weiterzuführen!»

Jessica Costa, 20, Küchenhilfe

«Aus Solidarität mit den Familien»

Am deutlichsten spüre ich die Strompreiserhöhung. Ansonsten lebe ich bescheiden und bin alleinstehend. Darum geht's bei mir noch nicht ans Eingemachte. An die Demo in Bern gehe ich trotzdem – aus Solidarität mit den Familien, die es hart trifft. Und weil viele, die körperlich arbeiten, massiv unterbezahlt sind! Je mehr demonstrieren, desto besser!»

Randy Maurer, 32, Elektroinstallateur

«Die Schere geht immer weiter auf»

Die gestiegenen Gesundheits- und Stromkosten auf die abzuwälzen, die finanziell eh schon am Limit laufen, geht gar nicht! Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Es ist Zeit, dagegen in den Streikmodus zu gehen! Wir müssen denen da oben wieder mal zeigen, wer eigentlich die ganze Arbeit macht!»

Till Schacher, 35, Elektroinstallateur

«Grosse Wut, wenn es um die Teuerung geht»

An meinen beiden Arbeitsorten (ich arbeite als Sozialarbeiter und als Kellner) kommt im Gespräch mit Arbeitskolleginnen und -kollegen grosse Wut auf, wenn es um die Teuerung geht. Alles wird teurer – die Krankenkassen, die Mieten – und auch die Gerichte, die wir im Restaurant verkaufen. Die Löhne aber steigen nur minim. Wir müssen uns gemeinsam wehren, die Lohn-Demo am 16. 9. ist darum sehr wichtig. Zusätzlich wünsche ich mir, dass die Unia in der Gastronomie endlich aktiver wird!»

Fabio Weiler, 37, Sozialarbeiter und Kellner

«Ich komme mit vielen Kolleginnen»

Meine Miete ist um fast 200 Franken gestiegen, und bei jedem Einkauf spüre ich, wie alles teurer wurde. Restaurantbesuche kommen gar nicht mehr in Frage. So wie mir geht es vielen. Deshalb ist die Demo extrem wichtig. Ich komme mit vielen Kolleginnen. Bleibt zu hoffen, dass uns die Mächtigen endlich hören.»

Remzije Rashiti, 49, Gastroangestellte

«Ich tanke Kraft für meine gewerkschaftliche Arbeit»

Ältere Menschen, Alleinerziehende und Familien wissen bald nicht mehr, wie sie ihr Leben finanzieren können. Zusammen müssen wir kämpfen, dass die Schere zwischen Reich und Arm nicht grösser wird. An der Demo tanke ich Kraft für meine gewerkschaftliche Arbeit, um weiter für eine soziale Schweiz zu kämpfen.»

Christoph Suter, 59, Maschinist Blechverarbeitung

«Die Gehälter reichen schon lange nicht mehr»

Ich fahre nach Bern, weil die Gehälter schon lange nicht mehr zu einem anständigen Leben reichen. Ich spüre die Teuerung am meisten bei Lebensmitteln.»

Ramon Sepin, 28, Büroangestellter

«Wir schaffen es fast nicht mehr»

Mein Mann und ich schaffen es mit zwei Renten fast nicht mehr, die Lebenskosten zu stemmen. Wir müssen fürs Essen, für den Strom und für die Krankenkassen immer mehr bezahlen. Wohin soll das führen? Auch der jüngste SVP-Angriff von Nathalie Rickli auf die Krankenkassen macht mir grosse Sorgen. Obwohl wir zu Fuss nicht mehr gut unterwegs sind, unterstützen wir die Demo am 16. September in Bern.»

Franziska Hulliger, 66, Rentnerin

«Es ist wichtig, dass viele auf die Strasse gehen»

Jetzt, wo alles teurer wird, ist es wichtig, dass viele auf die Strasse gehen. Denn gemeinsam sind wir stärker! Nur so können wir für bessere Rechte und Arbeitsbedingungen kämpfen – und die bestehenden Rechte verteidigen.»

Nuno Ferreira, 44, Baumaschinist und Sicherheitsmitarbeiter

«Die Gesundheitskosten steigen ungebremst»

Ich fahre an die Kaufkraft-Demo, weil die Gesundheitskosten ungebremst steigen. Ich spüre die Teuerung konkret bei den Krankenkassenprämien.»

Salome Ammann, 25, Dipl. Orthoptistin

«Ein überfälliger Kampf»

Auf dem Bau, auf der Strasse und im Supermarkt: auch mit einer Vollzeitstelle wird das Geld für Lebensnotwendiges immer knapper. Und das macht uns richtig hässig. Dagegen gehe ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen auf die Strasse. Schliess dich uns an und beteilige dich an einem Kampf, der längst überfällig ist!»

Lukas Tarczali, 23, Heizungsinstallateur

«Doppelte Leistung, unveränderter Lohn»

Ich leiste inzwischen das Doppelte von dem, was ich vor 13 Jahren geleistet habe, aber die Löhne sind in dieser Zeit kaum gestiegen. Nur die Umsatzzahlen steigen und steigen. Mit unserem Lohn ist es inzwischen sogar schwierig, im Coop einzukaufen. Wir sind auf dem Weg in eine Working-Poor-Gesellschaft, dagegen müssen wir unbedingt ankämpfen.»

Anita Hedinger, 42, Bäckerei-Konditorin

Stolze 7,5 Millionen Wahlgeld

BERN. Erstmals gibt es bei nationalen Wahlen etwas finanzielle Transparenz: Wer eine Kampagne führt, die mehr als 50 000 Franken kostet, muss diese bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) deklarieren. Ebenfalls meldepflichtig sind Spenden von Einzelpersonen oder Organisationen über 15 000 Franken. Besonders interessant ist das nach Spendenhöhe gelistete Register (rebrand.ly/politfinanzierung): Auf Platz eins rangiert Christoph Blocher mit 550 000 Franken für seine SVP. Dann folgen Economiesuisse, Bauernverband, Arbeitgeberverband, Gewerbeverband und die SVP-Stiftung für eine bürgerliche Politik, die ebenfalls über eine halbe Million lockermachen. Insgesamt kassieren bürgerliche Kandidierende mit rund 7,5 Millionen Franken den Grossteil aller Zuwendungen.

Pleite von Steg Electronics

SCHAFFHAUSEN. Der Elektronikfachhändler Steg Electronics hat den Betrieb all seiner Filialen und der Onlineshops per sofort eingestellt. Die Schliessung betrifft 17 Standorte, 5 Onlineshops und die Firmenzentrale in Schaffhausen. In der Schweiz verlieren damit etwa 80 Mitarbeitende ihre Stelle. Dazu kommen weitere 50 Stellen in Deutschland und der Slowakei. Der Konkurs kommt für viele überraschend. Erst im März hatte Steg Electronics noch zwei neue Filialen in Bern und Zürich eröffnet.

Streik im Zoo

HAMBURG. Mitarbeitende des grössten privat finanzierten Zoos Deutschlands sind Ende August in einen unbefristeten Streik getreten. Über die Hälfte der 140 Beschäftigten des Tierparks Hagenbeck sind gewerkschaftlich organisiert. Zusammen mit der Gewerkschaft IG BAU versuchen sie seit Jahren, die Geschäftsleitung zu einem Firmen-GAV zu bewegen. Darin sollen Arbeitszeiten, Zuschläge, Ferien und Kündigungsfristen geregelt werden. Der Zoo bleibt trotz Streik für das Publikum geöffnet, und ein Notdienstplan sichert die Verpflegung der Tiere.

***GUT GEBRÜLLT, LÖWE:** Tiere für den Firmen-GAV.* FOTO: KEYSTONE

Gasarbeiter im Streik

PILBARA COAST (AUS). Nach mehrwöchigen Verhandlungen um Löhne und Arbeitsbedingungen sind 500 Arbeiterinnen und Arbeiter zweier Gasverflüssigungsanlagen (LNG-Terminals) des US-Konzerns Chevron in temporäre Streiks getreten. Die Geschäftsführung und die Gewerkschaft Offshore Alliance machen sich gegenseitig für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich. Falls keine Einigung erzielt wird, plant die Gewerkschaft ab Mitte September Vollstreiks. Etwa sechs Prozent der globalen LNG-Produktion werden über die Chevron-Anlagen in Nordwestaustralien abgewickelt. Die Streikankündigung hat zu starken Preisanstiegen auf den internationalen Gasmärkten geführt.

Fachtagung Pflege: System der Pflegefinanzierung bedroht die Qualität

Was Pflegende wollen – und woran sie leiden

Was macht gute Pflege in Heimen aus? Für die Pflegenden ist klar: Viel mehr als waschen, Essen geben und Medis verteilen.

CHRISTIAN EGG

Wie viele Bewohnerinnen und Bewohner des Altersheims sind unterernährt? Wie viele haben täglich Schmerzen oder müssen mehr als acht verschiedene Medikamente schlucken, was das Risiko von unerwünschten Auswirkungen erhöht? Und wie viele werden mit Gittern, Gurten oder ähnlichem daran gehindert, selbständig aufzustehen?

Das sind, laut einem Bericht des Bundes vom letzten Jahr, die vier offiziellen Kriterien für gute Qualität in Schweizer Alters- und Pflegeheimen. Erarbeitet vom Heimverband Curaviva zusammen mit Bund und Kantonen. Bewohnerinnen und Bewohner wurden nicht gefragt, was für sie gute Pflege ausmache. Ebenso wenig die Menschen, die tagtäglich diese Pflege erbringen: Pflegefachfrauen und -männer, Fachleute Gesundheit, Pflegehilfen.

Genau dies hat jetzt die Unia getan. In einem Forschungsprojekt äusserten sich Pflegende aus allen Landesteilen zur Frage, was gute Pflege ausmache. Die fünf Gruppendiskussionen mit insgesamt 30 Teilnehmenden werden jetzt wissenschaftlich ausgewertet. An der Unia-Fachtagung «Gute Pflege» vom 2. September präsentierte Nicolas Pons-Vignon erste Ergebnisse. Er ist Professor an der Fachhochschule Südschweiz und leitet das Projekt im Auftrag der Unia.

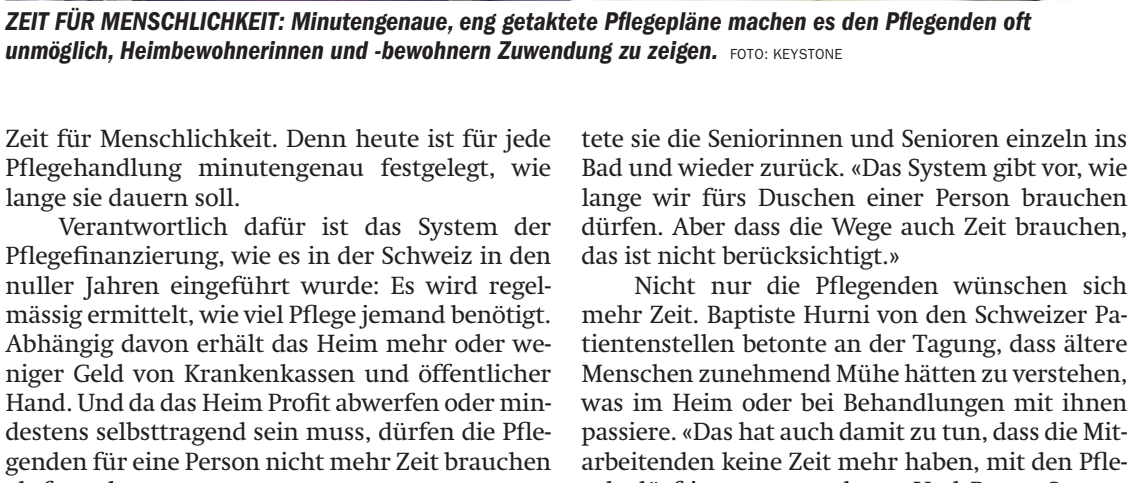
«Die Mitarbeitenden in den Heimen sehen sich gezwungen, die Pflege zu rationieren.»

NICOLAS PONS-VIGNON, FACHHOCHSCHULE SÜDSCHWEIZ

ZEIT, ZEIT, ZEIT

In allen Diskussionen seien sich die Pflegenden einig gewesen: Gute Pflege leistet mehr, als die Bewohnerinnen und Bewohner sauber, satt und schmerzfrei zu halten. Sie anerkennt vielmehr, dass die Bedürfnisse von Menschen in Heimen vor allem auf der Beziehungsebene liegen. Sie möchten jemanden, der ihnen zuhört, mit ihnen Zeit verbringt. Pons-Vignon: «Kurz gesagt: Gute Pflege braucht Zeit.»

Und genau das ist es, was vielen Pflegenden fehlt: Zeit für die Bewohnerinnen und Bewohner, Zeit für Menschlichkeit. Denn heute ist für jede Pflegehandlung minutengenau festgelegt, wie lange sie dauern soll.



***ZEIT FÜR MENSCHLICHKEIT:** Minutengenaue, eng getaktete Pflegepläne machen es den Pflegenden oft unmöglich, Heimbewohnerinnen und -bewohnern Zuwendung zu zeigen.* FOTO: KEYSTONE

Verantwortlich dafür ist das System der Pflegefinanzierung, wie es in der Schweiz in den nuller Jahren eingeführt wurde: Es wird regelmässig ermittelt, wie viel Pflege jemand benötigt. Abhängig davon erhält das Heim mehr oder weniger Geld von Krankenkassen und öffentlicher Hand. Und da das Heim Profit abwerfen oder mindestens selbsttragend sein muss, dürfen die Pflegenden für eine Person nicht mehr Zeit brauchen als festgelegt.

DAS WICHTIGSTE FEHLT

Dieses System verhindert gute Pflege, wie sie die Pflegenden verstehen. Sandra Schmied, Pflegefachfrau und Unia-Mitglied, sagt es so: «Es berücksichtigt den wichtigsten Aspekt unserer Arbeit nicht, nämlich dass wir die Leute, die wir pflegen, auch als Menschen behandeln.» Mehr noch, doppelt Nathalie Fischer nach, Schmieds Berufskollegin aus der Westschweiz: «Das System ist ein grosser Bschiss. Seine Kategorien passen nicht zur Realität.» Zum Beispiel habe sie in einem Altersheim gearbeitet, wo sich mehrere Zimmer ein Badezimmer auf dem Korridor teilten. Also begleitete sie die Seniorinnen und Senioren einzeln ins Bad und wieder zurück. «Das System gibt vor, wie lange wir fürs Duschen einer Person brauchen dürfen. Aber dass die Wege auch Zeit brauchen, das ist nicht berücksichtigt.»

Nicht nur die Pflegenden wünschen sich mehr Zeit. Baptiste Hurni von den Schweizer Patientenstellen betonte an der Tagung, dass ältere Menschen zunehmend Mühe hätten zu verstehen, was im Heim oder bei Behandlungen mit ihnen passiere. «Das hat auch damit zu tun, dass die Mitarbeitenden keine Zeit mehr haben, mit den Pflegebedürftigen zu sprechen.» Und Beppe Savary, seit 40 Jahren engagierter Hausarzt im Tessin, berichtete von seiner Arbeit im wilden Onsernonetal: «Je mehr Zeit ich mit den Leuten verbrachte, desto weniger Medikamente verschrieb ich.»

DIE PFLEGE RATIONIEREN

Doch das heutige System der Pflegefinanzierung wirkt in die Gegenrichtung: mehr Standardisieren, mehr Fliessbandarbeit – um die Kosten weiter zu senken. In seiner Forschung stellte Professor Pons-Vignon fest: «Die Mitarbeitenden sehen sich gezwungen, die Pflege zu rationieren. Und daran leiden sie – mehr noch als an den schlechten Arbeitsbedingungen.»

Belgien: Gewerkschafterin Lionnet weiss, was sie für die Pflegenden will

Nächste Etappe: Die 32-Stunden-Woche

In Belgien hat die Politik die Pflegenden und ihre Gewerkschaften gehört. Der Staat macht Milliarden locker, um ihre Arbeitszeiten zu kürzen.

CHRISTIAN EGG

Mehr Zeit zur Erholung: Davon können in der Schweiz viele Pflegende nur träumen. Belgien ist da ein paar Schritte weiter. Dank engagiertem Gesundheitspersonal – und einem Staat, der erkannt hat, dass er diesem Personal Sorge tragen muss.

So sinkt in immer mehr Bereichen des Gesundheitswesens die Arbeitsbelastung für ältere Mitarbeitende. Im französischsprachigen Wallonien etwa müssen die gut 6000 Spitex-Mitarbeitenden ab dem 58. Geburtstag nur noch 32 Stunden pro Woche arbeiten. Alle, die in Heimen und Hilfsangeboten für Behinderte, Jugendliche oder Kinder arbeiten, profitieren sogar schon ab 55 Jahren von einer 36-Stunden-Woche. Immer zum vollen Lohn, versteht sich. So ist es seit letztem Jahr in den betreffenden Gesamtarbeitsverträgen (GAV) festgelegt.

FOTO: ZVG

NATHALIE LIONNET: «Mehr Freizeit für Pflegende – davon profitieren alle.»

MEHR GELD. Pflegende in Belgien kämpfen schon seit Jahren für bessere Bedingungen. Ähnlich wie in der Schweiz verschärfte die Corona-Pandemie den Pflegenotstand drastisch – und gab den Protesten den Schub der Verzweiflung: Im Herbst 2020 gingen in Brüssel trotz Corona-Einschränkungen rund 4000 Pflegende auf die Strasse.

Doch anders als hierzulande erkannte die belgische Politik den Ernst der Lage und machte rasch Nägel mit Köpfen. Noch im gleichen Jahr erhöhten Bundesregierung und Regionen ihre Budgets für die Pflege um insgesamt 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Das Ziel: den Sektor aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Für Nathalie Lionnet von der belgischen Gewerkschaft Setca ein «historischer» Entscheid. Und eine Chance für die Gewerkschaften, wie sie an der Unia-Pflegekonferenz (siehe Text oben) sagte. Denn in Belgien verhandeln die Sozialpartner, wie das Budget für die Pflege in die Praxis umgesetzt wird. Das Resultat sind GAV, die dann für alle gelten.

WENIGER STUNDEN. In einer Umfrage brachten die Setca-Mitglieder klar zum Ausdruck: In erster Linie möchten sie die wöchentliche Arbeitszeit senken. Derzeit liegt diese bei 36 bis 40 Stunden. Im Lauf der Verhandlungen hätten auch die Arbeitgeber dem zugestimmt, sagt Lionnet: «Sie wissen, dass Pflege eine strenge Arbeit ist. Und dass Menschen, die mehr Freizeit haben, weniger Gefahr laufen, auszubrennen oder aus dem Beruf auszusteigen. Und davon profitieren alle.»

Belgien erhöhte das Budget für die Pflege um 1,5 Milliarden Euro pro Jahr.

UND JETZT... Sosehr sie sich über die Fortschritte freut – Lionnet hat bereits das nächste Ziel vor Augen: die 32-Stunden-Woche für alle in der Pflege. Denn: «Entlastung braucht es nicht erst, wenn Pflegende nach Jahren im Beruf erschöpft sind. Sondern schon von Anfang an!»

KÄMPFERISCH: Burim Sejdiji soll Arbeitslosengeld zurückzahlen, gibt aber nicht klein bei. Er hat die Unia und eine Anwältin eingeschaltet. FOTO: JASMIN FREI

Eisenleger Burim Sejdiji (35) prangert Schwarzarbeit an:

«Wir werden aufs übelste ausgebeutet!»

Weil sein Ex-Chef schwarz abgerechnet hat, steckt Familienvater Burim Sejdiji knietief im Schuldensumpf. Seine Ausbeuter machen munter weiter – sogar auf Baustellen des Verteidigungsdepartements von Viola Amherd.

JONAS KOMPOSCH

Solche Hilferufe landen selbst bei Gewerkschaften nicht häufig: «Ich kann nicht mehr, weiss nicht mehr weiter. Ich habe meinem Ex-Arbeitgeber vertraut, er hat mich verarscht. Wenn ich jetzt so bestraft werde, kann ich mich gleich erschiessen.» Das schreibt Eisenleger Burim Sejdiji (35), ein zweifacher Familienvater aus Winterthur, in einem Brief an die Unia. Sein grösstes Problem: die Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich. Diese hat ihm Monat für Monat rund 4700 Franken überwiesen, nachdem er bei der Eisenlegerfirma GV Team GmbH entlassen worden war. Doch jetzt verlangt die Kasse das Geld zurück – total über 47 000 Franken! Der Grund: Für die relevanten Beitragsjahre seien für Sejdiji gar keine Löhne deklariert worden. Das hätten Abklärungen der Sozialversicherungsanstalten von St. Gallen und Zürich sowie der Suva ergeben. Folglich müsse «davon ausgegangen werden, dass das für die Erfüllung der Beitragszeit vorgelegte Arbeitsverhältnis (…) nicht bestanden hat und demzufolge der Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung mangels Beitragszeit rückwirkend zu verneinen ist.» Heisst: Weil sein Ex-Chef keine Sozialbeiträge entrichtet hat, glaubt die Arbeitslosenkasse Sejdiji nicht, dass er für ihn gearbeitet hatte. Ein Teufelskreis.

Die Arbeitslosenkasse will 47 000 Franken zurück.

Sejdiji aber versichert: «Ich war 16 Jahre Eisenleger in der Schweiz, und davon habe ich mehr als 12 Monate bei GV Team gearbeitet.» Dafür hat Sejdiji auch Beweise. Etwa eine unterzeichnete Arbeitgeberbescheinigung, 13 Lohnabrechnungen oder eine Zeugenliste. All das hat er den involvierten Instanzen vorgelegt. Vergebens. Die Kasse hält an ihrer Forderung fest – und wird dabei vom Zürcher Sozialversicherungsgericht gestützt. Dieses hat eine Beschwerde des Arbeiters abgeschmettert.

Aufgeben will Sejdiji aber nicht. Er hat die Unia und eine Anwältin eingeschaltet. Er zeigt sich erbittert: «Wir Eisenleger verbauen täglich tonnenweise Stahl von Hand und werden als Dank aufs übelste ausgebeutet. Die Arbeitgeber wissen genau, wie sie solche Maschen durchziehen können, und kommen ohne weiteres davon. Ich habe schon zwei Chefs angezeigt – ohne wirklichen Erfolg.» Noch einmal will Sejdiji die Verantwortlichen nicht davonkommen lassen. Er hat sich entschieden auszupacken.

SUBUNTERNEHMEN VON IMPLENIA & CO.

Die GV Team GmbH, mittlerweile in Liquidation, sei Teil eines verworrenen Firmengeflechts um die St. Galler Geschäftsmänner Haki S.* und Visar D.* Sejdiji sagt: «Sie mischeln immer über diverse GmbH, lassen diese irgendwann Konkurs gehen und haben bereits eine neue Firmenhülle bereit.» Ein Blick ins Handelsregister bestätigt: Haki S. und Visar D. haben in den letzten Jahren mindestens sechs verschiedene Eisenlegerfirmen an die Wand gefahren – oft nach mehrfachen Namens- und Adresswechseln.

Aktuell laufen die Geschäfte über die HAV GmbH. An ihrem Firmensitz in St. Gallen ist bloss ein vollgestopfter Briefkasten zu finden. Aktiv ist die HAV aber sehr wohl. Auch Burim Sejdiji hat für sie gearbeitet. «Den Lohn habe ich immer in bar bekommen und ohne Beleg.» Nachweislich hat sich die Firma auch um die obligatorischen Beiträge an die Stiftung für den flexiblen Altersrücktritt (FAR) gedrückt. Sejdiji ist sich daher sicher: «Sie haben mich schon wieder schwarz beschäftigt, ohne dass ich es wusste.» Neben Sejdiji haben sich noch andere HAV-Arbeiter bei der Unia gemeldet. Wie Sejdiji waren sie beim Neubau des Kantonsspitals Baden tätig. Dort führt der Baukonzern Implenia Regie. Oder beim Neubau der Kasernenanlagen in Frauenfeld. Auch dort war es Implenia, der die HAV als Subunternehmen anheuerte. Bauherr ist das Eidgenössische Verteidigungsdepartement.

[redacted]

Denn in Gossau baut die Firma an einer Fabrikhalle – wieder im Auftrag einer angesehenen Baufirma, der Brühwiler AG aus Oberbüren.

Burim Sejdiji hofft, dass nun endlich etwas passiert. «Für meine Kollegen», wie er sagt. Er selbst hat nämlich genug vom Bau und ist jetzt Gepäckverlader am Flughafen Zürich. Der Lohn sei zwar tiefer, dafür laufe alles legal.

* Namen der Redaktion bekannt

ILLU: NINOTCHKA.CH

Burger, Badi, plumpe Lügen

Am Wochenende nach der letzten grossen Hitzewelle bin ich Burger essen gegangen – zusammen mit meinem Nachbarn Sascha. Im schön gekühlten Restaurant ist uns dann der Appetit ge-

Marius Käch ist Bauarbeiter in Zürich und Gewerkschafter.

kommen, denn wir beide arbeiten bei jedem Wetter draussen und sind die Tage zuvor richtig ins Schwitzen geraten. Bei Sascha heisst das was. Er ist zeitlebens Maurer – und zwar aus Leidenschaft. Und als Zwei-Meter-Hüne haut ihn nicht viel um. Aber bei Temperaturen von über 30 Grad ist es wirklich niemandem mehr wohl. Wie alle Bauleute wissen, ist bei milderen Temperaturen das Unfallrisiko sieben Prozent tiefer. Also weniger Leute, die im Spital landen oder ins Gras beissen. Zusammen mit der Tatsache, dass die Gefahr von Hautkrebs und Hitzschlag vorerst gebannt ist, kommt wieder richtig Motivation auf bei der Büez.

Badi für Bauleute schon um drei? Von wegen!

SCHLUSS ERST NACH 17 UHR. Zur Freude von Sascha und mir hat die Unia wegen der Spitzentemperaturen um die 35 Grad abermals versucht, die Gesundheit der Bauleute besser zu schützen und einen Baustop zu erreichen. Wegen des Widerstands der Baumeister ist da aber nichts gegangen. Und deren Mediensprecher, Matthias Engel, hatte sogar noch die Frechheit, ohne mit der Wimper zu zucken, in die Kamera zu lügen: Am 22. August sagte er im Interview mit TeleZ, hitzefrei sei «keine gute Lösung auf dem Bau». Begründung: «Weil es wirklich erst um drei oder vier Uhr nachmittags klar über 30 Grad ist. Dann haben die Bauleute eigentlich schon Feierabend und gehen in die Badi.» Als Sascha das hört, lupft's ihm den Hut.

«In welcher Welt lebt denn dieser Sklaventreiber?» hallt es jetzt durch die Burgerbude. Denn Sascha weiss genau: Der Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe (LMV) deckelt die tägliche Arbeitszeit bei neun Stunden. Wenn also um sieben Uhr Baubeginn ist und wenn ein Znüni und ein Zmittag eingelegt werden, ist erst nach 17 Uhr Schluss. Dann kommt aber noch die Heimfahrt durch den Feierabendverkehr dazu. Und überhaupt: Die neun Stunden gelten nur «in der Regel», dürfen also überschritten werden. Und von diesem Recht machen die Chefs fleissig Gebrauch! Da ist also gar nichts mit Badi am Nachmittag. Im Gegenteil: Chrampfen und stressen für die knappen Termine lautet die Devise! Am liebsten zwölf Stunden am Tag, wie die Baumeister bei der letzten LMV-Verhandlung forderten.

Das schöne Wochenende wollten wir uns aber nicht verderben lassen: Runde zwei also im Burger-Spunten und danach ein Gump in die Limmat!

Mehr Recht auf Transparenz

Neues EU-Gesetz stärkt die Lohngleichheit

Das Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit gilt seit Jahren. Trotzdem verdienen Frauen in der EU noch immer viel weniger als Männer, nämlich 14,4 Prozent im Jahr 2018. Laut Eurostat lässt sich diese Lohndiskriminierung nur zu einem kleinen Teil

Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

mit strukturellen Faktoren erklären wie Alter, Bildung, Beruf, Berufserfahrung, Art des Arbeitsvertrags, Branche, Betriebsgrösse, Betriebsinhaber oder Betriebsort. Auch nach Berücksichtigung dieser Faktoren verdienten Frauen laut Eurostat in der EU noch 11,2 Prozent weniger als Männer.

RISIKO. Wieso versagt das bisherige Recht so kläglich, wenn es um den Lohnschutz für Frauen geht? Die Antwort liegt in den bisherigen Gesetzen: Die Frauen sind gezwungen, gegen ihre Arbeitgeber vor Gericht zu ziehen, wenn sie ihr Recht durchsetzen möchten. Solche Prozesse sind nicht einfach zu gewinnen, da Firmen ihre Löhne geheim halten können. Zudem müssen Klägerinnen auch mit Revancheaktionen ihrer Arbeitgeber rechnen. Zwischen 1996 und 2007 kam es daher in Deutschland nur zu 31 Lohngleichheitsprozessen, in Frankreich zu 16 und in Polen sogar nur zu einem einzigen! Auf Druck der Gewerkschaften verabschiedete die EU in diesem Mai deshalb eine neue Richtlinie «zur Stärkung der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit».

Bisher blieb den Frauen nur der riskante Gang vor Gericht.

STÄRKUNG. Dieses neue EU-Gesetz stärkt die Lohntransparenz und die Durchsetzung der Lohngleichheit. Künftig hat jede Beschäftige das Recht, den Durchschnittslohn aller Beschäftigten zu erfahren, die im selben Betrieb eine gleichwertige Arbeit verrichten. Jeder Betrieb mit mehr als 100 Mitarbeitenden wird verpflichtet, regelmässig über das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu berichten. Zudem dürfen EU-Staaten künftig betriebliche Lohninformationen auch selbst zusammenstellen und veröffentlichen, und zwar auf Grundlage der Daten der Arbeitgeber für die Steuer- und Sozialversicherungsbehörden. Beträgt der Lohnunterschied mehr als fünf Prozent und kann dies nicht objektiv begründet werden, muss der Betrieb mit einer Arbeitnehmervertretung Abhilfemassnahmen vereinbaren. Zudem kann die Vergabe von öffentlichen Aufträgen künftig auch von der Durchsetzung der Lohngleichheit abhängig gemacht werden. Weitere Massnahmen wie eine Beweislasterleichterung oder ein besserer Schutz gegen Racheakte für Klagende stärken ebenfalls den Lohnschutz für Frauen und die Lohngleichheit.

Bürgerliche kuschen vor Monsterbank

UBS: Das Volk in Geiselhaft

29 Milliarden Gewinn schreibt die UBS dank der vom Bundesrat mit Volksvermögen gesicherten Übernahme der Credit Suisse. Die neue Monsterbank ist ein gigantisches Risiko für das Land. Die bürgerlichen Parteien kümmert's nicht.

CLEMENS STUDER

29 Milliarden US-Dollar Reingewinn hat die «neue» UBS – alte UBS und CS zusammen – im zweiten Quartal 2023 gemacht. Ebenfalls 29 Milliarden weist die UBS als «negativen Goodwill» aus. Dieser stammt aus der vom Bundesrat organisierten und vom Bund und von der Schweizerischen Nationalbank mit Notrecht und 259 Milliarden Volksvermögen ermöglichten Übernahme der CS durch die UBS. «Negativer Goodwill» heisst verkürzt: um so viel sind die Aktiven der übernommenen Credit Suisse mehr wert als die 3 Milliarden Franken, welche die UBS für die ganze Bank bezahlen musste. Wahrlich kein schlechtes Geschäft. Und wesentlich besser als die 1,5 Milliarden Gewinn vor Steuern, die die Bank mit ihren eigentlichen Geschäften verdient hat. Und gerade diese zweite Zahl müsste uns beunruhigen. Denn wir alle garantieren für die UBS.

BLANKOCHECK: Die neue Grossbank geschäftet weiterhin mit faktischer Staatsgarantie – und Rückendeckung der bürgerlichen Parteien. FOTO: KEYSTONE

STELLEN WEG, RENDITE RAUF

Die neue Monsterbank will weltweit Zehntausende Stellen abbauen, davon mindestens 3000 in der Schweiz. Bis Ende 2026 will die UBS rund 10 Milliarden Franken Personalkosten sparen und damit die Eigenkapitalrendite auf 15 Prozent schrauben. Zur Erinnerung: Bereits einmal rief ein UBS-Chef eine Eigenkapitalrendite von 15 Prozent aus. Der Mann hiess Marcel Ospel, und es war im Jahr 1997. Später stiegen die Eigenkapitalrenditen noch höher, die Börsenspekulanten jubelten, die Bank bezahlte Milliarden an Boni aus. Bis dann elf Jahre nach Ospels 15-Prozent-Ansage die Bank knirschte, knackte und faktisch zusammenbrach. Der Bund musste mit Milliarden einspringen.

«Nie mehr» sollte die Allgemeinheit eine Bank retten müssen, die sich verzockt hat. Hiess es damals. Und das werde auch nie mehr geschehen, sagten die bürgerlichen Parteien. Man habe ja jetzt schliesslich ein «Too big to fail»-Regulatorium. Und die Finanzmarktaufsicht schaue ganz genau hin. Das war natürlich Unsinn. Und die linken Parteien haben das immer wieder kritisiert und schärfere Regeln gefordert.

Der «Reform»-Bericht ist schön gestaltet – und bringt so gut wie nichts.

REGULIEREN? WIR DOCH NICHT!

Doch die bürgerlichen Mehrheiten in Parlament und Bundesrat haben sich – auf Wunsch der spendablen Finanzindustrie – hartnäckig geweigert. Und im Lauf der Jahre Regelungen, die den Banken nicht passten, gar wieder rückgängig gemacht. Die Folgen liegen klar auf dem Tisch: Abzocker-Manager haben die Credit Suisse ungestört in den Untergang gewirtschaftet. Die Riesen-Boni flossen bis zum Schluss.

Zu jenem Schluss, als wieder Milliarden an Volksvermögen aufs Spiel gesetzt werden mussten, um eine Bank zu retten. Das «Too big to fail»-Konstrukt erwies sich als so untauglich, wie es die Linke immer einstufte. Wieder war der Aufschrei gross, und wieder versprachen die Bürgerlichen den Bürgerinnen und Bürgern das Blaue vom Himmel herunter. Und tun weiterhin alles, damit sich die Banken nicht eingeschränkt fühlen. Sie wissen schliesslich, woher die Parteispenden kommen.

BANKER ZUFRIEDEN

Eiligst gab FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter einen Bericht in Auftrag. Der liegt mittlerweile vor. Er heisst «Reformbedarf nach dem Untergang der Credit Suisse», umfasst knapp 90 Seiten und ist schön gestaltet. Und inhaltlich? Wenig bis nichts. Ein bisschen am «Too big to fail»-Regime (das seine grundsätzliche Untauglichkeit gerade eklatant bewiesen hat) polieren, aber sonst möglichst wenig tun. Das gefällt den Banken: Die Bankiervereinigung lobt den Bericht als «wertvolle und begrüssenswerte Grundlage» für «künftige gesetzliche Regelungen». Lauter könnten die Alarmglocken für das Volk nicht läuten.

Möglichst nichts tun – das kommt bei den Banken gut an.

Und die bürgerlichen Politikerinnen und Politiker haben bereits begriffen: Möglichst nichts tun, das kommt bei den Banken gut an. Schon warnen sie wieder vor «Überregulierung» und «Kontrollitis» wie nach der UBS-Rettung von 2008. Und auch ganz konkret handeln sie: Im Nationalrat kamen im Frühling SP-Motionen für ein Boni-Verbot und höhere Eigenkapitalvorgaben noch durch. Der Ständerat hat sie jetzt auf die lange Bank geschoben. Unterdessen werkelt eine PUK heimlich, still und leise vor sich hin. Weit nach den Wahlen werden wir wieder von ihr hören. Und weitere Bundesberichte sind in Arbeit. Zeithorizont? Auch weit nach den Wahlen. Unterdessen geschäftet die neue Monster-UBS ungeniert vor sich hin – und hält die Schweiz weiter in Geiselhaft.

Lesen Sie auch «rosazukunft»: Die UBS gehört verstaatlicht (Seite 12).

Logistik-Konzern Ceva zahlt nicht einmal 3500 Franken

Mini-Löhne für Zalando-Auspackerinnen

Corona machte den Reederei-Milliardär Rodolphe Saadé noch reicher. Die Frauen, die in seiner Firma Ceva Zalando-Retouren auspacken und sortieren, haben nichts davon.

CHRISTIAN EGG

Der Familie Saadé geht es gut. Ihre Firma, vor 45 Jahren von Vater Jacques in Marseille gegründet, ist über die Jahre zur drittgrössten Containerschiff-Reederei der Welt aufgestiegen. Das Unternehmen mit dem sperrigen Namen CMA CGM ist heute Hauptsponsor des Fussballklubs Olympique Marseille. Das Logo der Tochterfirma Ceva prangt auf den Formel-1-Rennautos von Ferrari.

Firmenboss ist Rodolphe Saadé (53), Sohn des Gründers. Zusammen mit seinen zwei Geschwistern besitzt er gut 70 Prozent der Aktien. 2021 betrug ihr geschätztes Vermögen 6 Milliarden Euro. Dann kam Corona und jagte die Frachtpreise in die Höhe. Und damit den Gewinn der Reedereien. Das Vermögen der Saadés explodierte: von 6 Milliarden auf 36 Milliarden Euro. 2023 kamen noch einmal 3 Milliarden dazu.

ZALANDO. Zu diesem Reichtum beigetragen hat Semra Morina*. Sie arbeitet im solothurnischen Neuendorf für die Firma Ceva, Teil des Saadé-Imperiums. Sie öffnet Zalando-Pakete, die von der Kundschaft zurückgeschickt wurden. «Dann kontrolliere ich, ob die Kleider im Originalzustand sind oder ob sie anprobiert wurden.» Anderthalb Minuten hat sie dafür Zeit. Über ein ähnliches Zalando-Retourenzentrum in der Ostschweiz berichtete work schon 2017: **rebrand.ly/direct1.** In Neuendorf beschäftigt die Ceva bis zu 450 Mitarbeitende, die Mehrheit ist nur temporär angestellt. 96 Prozent davon sind Frauen.

Anderthalb Minuten Zeit pro Zalando-Paket.

BÜEZ AM BAND: Ceva Logistics beschäftigt in Neuendorf SO bevorzugt Frauen, mehrheitlich temporär. FOTO: ZALANDO

UNTERIRDISCH. Von den Milliardengewinnen der Familie Saadé merken sie nichts: Ihr Monatslohn beträgt nicht einmal 3500 Franken brutto. Das zeigen Lohnabrechnungen, die work vorliegen. Und einen 13. Monatslohn gibt's auch nicht. Roman Künzler, Unia-Branchenleiter Logistik, rechnet vor: «Das ergibt einen Stundenlohn von nur gerade 21 Franken. Das ist weit unterhalb des branchenüblichen Lohnes!» Er kennt die Zahlen: Die Grossverteiler und die meisten Online-Händler zahlen auch Ungelernten über 4000 Franken brutto – und den Dreizehnten. Das ergibt Stundenlöhne zwischen 27 und 32 Franken.

Jetzt wollen sich die Ceva-Leute ihren miesen Lohn nicht mehr gefallen lassen: 166 von ihnen unterzeichneten einen Brief, der die Firma auffordert, über bessere Löhne zu verhandeln. Doch die Chefs lehnten ab. Denn für dieses Jahr hätten alle Mitarbeitenden 2 Prozent Lohnerhöhung plus eine einmalige Zahlung wegen der Teuerung erhalten.

Langsam wächst in Neuendorf der Frust. Dazu Unia-Mann Künzler: «Bisher haben die Ceva-Mitarbeitenden anständig gefragt. Aber wenn das nichts bringt …»

* Name geändert

FOTOS: WIKIPEDIA (4) / SHUTTERSTOCK / PICTURE ALLIANCE / SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM

Sechs zeitgenössische Promis zu 175 Jahren Schweizer Bundesverfassung

«In Wirklichkeit regieren die Minderheiten»

Am 12. September 1848 ist die Sache besiegelt: Die erste Schweizer Bundesverfassung tritt in Kraft. «Im Namen Gottes des Allmächtigen». So beginnt sie noch heute. Dabei ist gerade die Religionsfrage ein Spaltpilz par excellence. Sie eskaliert 1847 im letzten Krieg auf Schweizer Boden. Die Kontrahenten: die liberalen, meist reformierten Kantone einerseits und die katholisch-konservativen Walliser, Freiburger und Innerschweizer andererseits. Diese bilden zusammen den «Sonderbund», der nach knapp 4 Wochen, 100 Toten und 500 Verletzten kapituliert. Die Sieger schreiben sofort eine Verfassung, organisieren dazu (erstmals) eine Volksabstimmung und gewinnen diese trickreich: In Freiburg darf nur das Parlament abstimmen, in Luzern werden Enthaltungen kurzerhand als Ja-Stimmen gezählt. Am Ende sagen 72 Prozent Ja. Aus dem Staatenbund der alten Eidgenossenschaft wird definitiv ein Bundesstaat. Währungen, Masse und Gewichte werden vereinheitlicht, das Zoll- und Postwesen zentralisiert. Und nach US-Vorbild entsteht ein parlamentarisches Zweikammersystem – und damit die erste Demokratie Europas. Wobei: Juden bleiben noch lange ausgeschlossen, Frauen noch viel länger. Trotzdem: Für einmal ist die Schweiz dem Ausland weit voraus, was dort wiederum ganz unterschiedlich wahrgenommen wird. (jok)

«Schlimmes braut sich zusammen»

«Sie sind mir einer! Kümmern sich um meine archäologischen Studien, während Sie doch traurig bekümmert sein müssen wegen der schlimmen Ereignisse, die sich in der Schweiz zusammenbrauen. […] Es wäre grausam zu sehen, wenn sich erneut Religionskriege entfachen würden – erst recht im 19. Jahrhundert in einem freien Staat!»

LOUIS NAPOLÉON, Thurgauer Ehrenbürger, ab 1852 (als Napoléon III) Kaiser der Franzosen, 1845 in einem Brief an seinen Freund General Henri Dufour

«Eine gefährliche Nachbarschaft»

«Für Österreich insbesondere ist […] die Schweiz in doppelter Beziehung eine unbequeme, ja gefährliche Nachbarschaft geworden. Einerseits kann es uns, […] nicht gleichgültig sein, wenn das Nachbarland sich zum Herde der Anarchie und der Revolution hergibt und wenn dessen Machthaber […] nicht die Macht und nicht die Lust haben, ihre Beziehungen zu unserem Staate den Gesetzen des Völkerrechts gemäss zu pflegen. Andererseits müssen wir stets befürchten, einmal früher oder später wider unseren Willen auf den Tummelplatz der Schweizer Wirren gezogen zu werden, wo wir uns notwendig mit Frankreich begegnen und durch das Zusammenstossen mit dieser Macht in die Gefahr einer uns nicht erwünschten schweren politischen Komplikation geraten würden.»

KLEMENS VON METTERNICH, Staatskanzler des Kaisertums Österreich, an den Gesandten für die Schweiz, 1846

«Das alte Pfaffennest umrütteln»

«Endlich also wird dem unaufhörlichen Grossprahlen von der ‹Wiege der Freiheit› […] ein Ende gemacht werden! Endlich also hat es sich herausgestellt, dass die Wiege der Freiheit nichts anders ist als das Zentrum der Barbarei und die Pflanzschule der Jesuiten, dass die Enkel Tells und Winkelrieds durch keine andern Gründe zur Raison zu bringen sind als durch Kanonenkugeln, dass die Tapferkeit von Sempach und Murten nichts anders war als die Verzweiflung brutaler und bigotter Bergstämme, die sich störrisch gegen die Zivilisation und den Fortschritt stemmen! […] Der Bürgerkrieg, der jetzt ausgebrochen ist, wird also der Sache der Demokratie nur förderlich sein. […] Je energischer die Tagsatzung zu Werke geht, je gewaltsamer sie dies alte Pfaffennest umrütteln wird, desto mehr Anspruch auf die Unterstützung aller entschiedenen Demokraten wird sie haben.»

Der junge FRIEDRICH ENGELS (26) in seinem Zeitungsartikel «Der Schweizer Bürgerkrieg», 1847

«Widersprechende Elemente»

«In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen [eine Vorläuferrichtung der heutigen FDP, Anm. d. Red.], ohne zu verkennen, dass diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demokratischen Sozialisten im französischen Sinn, teils aus radikalen Bourgeois.»

KARL MARX im «Kommunistischen Manifest» (1848) über die «Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien»

«Das Spektakel hat Grösse»

«Was in der Schweiz geschieht, ist keine isolierte Tatsache, sondern eine besondere Bewegung inmitten der allgemeinen Bewegung, die das alte Gebäude der Institutionen in Europa in den Untergang stürzt. Das Theater ist zwar klein, doch das Spektakel hat Grösse; es hat vor allem eine einzigartige Originalität. Nirgends hat sich die demokratische Revolution, die die Welt bewegt, unter so komplizierten und bizarren Umständen ereignet.»

ALEXIS DE TOCQUEVILLE, Historiker und liberaler Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, in seinem «Bericht über die Demokratie in der Schweiz», 1848

«Demokratie bleibt eine Fiktion»

«Die Selbstregierung der Massen bleibt trotz des ganzen Apparats der Volksallmacht meist nur eine Fiktion. In Wirklichkeit regieren die Minderheiten. […] In der Schweiz regiert trotz aller demokratischen Revolutionen immer noch die wohlhabende Klasse, die Bourgeoisie, das heisst die Minderheit, die in Bezug auf Vermögen, Freizeit und Bildung privilegiert ist. Das Volk ist de jure souverän, aber nicht de facto, weil es zwangsläufig von seiner täglichen Arbeit absorbiert wird, die ihm keine Freizeit lässt. […] Daher ist das Volk gezwungen, seine angebliche Souveränität in die Hände der Bourgeoisie zu legen.»

MICHAIL BAKUNIN, russischer Anarchist, 1867 aus Genf an die Internationale Friedensliga

la suisse existe

Jean Ziegler

EIN KOLONIALREICH ZERFÄLLT

Ein Militärputsch jagt den anderen. Die neokolonialen Regime stürzen, die Frankreich bis anhin eine profitable wirtschaftliche und finanzielle Ausbeutung der Völker seines ehemaligen Kolonialreiches auf dem afrikanischen Kontinent ermöglicht hatten.

PUTSCH UM PUTSCH. *Mai 2020: In Mali jagt eine Militärjunta den gewählten Präsidenten Boubacar Keïta aus dem Amt. Ein Jahr später stirbt der Staatschef von Tschad, Idriss Déby, im Kampf gegen nördliche Rebellen. Der Parlamentspräsident tritt gemäss Verfassung die Nachfolge an. Der Sohn des Gefallenen, Mahamat Déby, stürzt den legitimen Nachfolger.*

Gelingt der Bruch mit Paris, kommen die riesigen Reichtümer endlich den Menschen in Afrika zugute.

September 2021: In Guinea werfen Soldaten einer Eliteeinheit Alpha Condé aus dem Präsidentenpalast. In Burkina Faso putscht Hauptmann Ibrahim Traoré gegen den demokratisch gewählten Staatschef Roch Marc Christian Kaboré.

Gleiches Szenario in Niger im Juli 2023. Der Kommandant der Präsidialgarde, General Abdourahamane Tiani, wirft den erst vor fünf Monaten gewählten Präsidenten Mohamed Bazoum samt seiner Familie ins Gefängnis. Bazoum demissioniert nicht und wird gefoltert.

August 2023. Im Erdölemirat Gabun, wo seit 47 Jahren die Dynastie der Bongo herrscht, wird Präsident Ali-Ben Bongo Ondimba im Schlaf überwältigt. Ein obskurer Oberst übernimmt die Macht.

WILLKÜR. *Ich schreibe diese Zeilen Anfang September. Wer ist der nächste Staatschef, der stürzt? Wahrscheinlich jener von Kamerun. Paul Biya regiert das wunderschöne und reiche Land seit 34 Jahren, dank dem effizienten französischen Geheimdienst. Das Volk erträgt seine Korruptions- und Willkürherrschaft seit langem nicht mehr. Kein Militärregime ist mir sympathisch. Gewählte, demokratische Regierungen – auch wenn sie Fehler haben – ziehe ich vor. Wenn es jedoch um das französische Neokolonialreich geht, ändere ich meine Meinung. Wir müssen diese Militärputsche unterstützen. Warum?*

HOFFNUNG. *Viele der eine Milliarde zählenden Menschen in Subsahara-Afrika leben in fürchterlichem Elend. Afrika hat die schlimmsten Hungerzahlen der Welt: 35 Prozent dieses von fruchtbaren Böden und ausserordentlich arbeitsamen und kompetenten Menschen gesegneten Kontinents vegetieren in permanenter, schwerer Unterernährung. Unter dem Druck des algerischen Befreiungskrieges (1954 bis 1962) gewährte General Charles de Gaulle – Frankreichs Staatspräsident ab 1958 – die Dekolonialisation der französisch beherrschten Länder südlich der Sahara. Diese erhielten eine eigene Flagge, eine Verfassung und eine gewählte Regierung. Die ganze wirtschaftliche und finanzielle Macht blieb aber in der Hand der Konzerne in Paris. Verteidigungsverträge und französische Militärbasen sorgen für das französische Gewaltmonopol der Pseudostaaten. Wir erleben eine Zeitenwende. Hoffnung blüht auf. In den Pseudodemokratien wird reale, täglich gelebte Souveränität zu einem konkreten politischen Projekt. Die Pariser Konzerne plündern Afrika – das Gold in Mali, das Bauxit in Guinea, das Erdöl in Gabun, das Uranium in Niger. Gelingt der Bruch mit Paris, kommen diese riesigen Reichtümer endlich den Menschen in Afrika zugute. Und das ist gut so.*

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Die Ökosysteme kippen. Was tun die Banken und Regierungen?

Milliarden für die Ölkonzerne, Fesseln für Klimabewegte

FEUER UND FLUT: Weltweit häufen sich die Klimakatastrophen. Griechenland (Fotos) war diesen Sommer kurz hintereinander von massiven Waldbränden und Überschwemmungen betroffen. FOTOS: GETTY (LINKS), KEYSTONE

Die Welt brennt, doch Banken und Regierungen fördern Öl, Kohle und Gas stärker denn je. Weil sie den wachsenden Widerstand der Bevölkerung spüren, behandeln sie Klimabewegte wie Terroristen.

OLIVER FAHRNI

Schockiert taucht Tristan Estaque auf: «Alles abgebrannt!» Hier, um die kleine Insel Maïre in der Marseiller Bucht, sind spektakuläre rote Korallenwälder zu bewundern. Doch das Wasser ist zu heiss geworden. Estaque: «Da unten sieht es aus wie nach einem gigantischen Feuer. Nur schwarze Stummel.»

Selbst wenn die Politik willig wäre, finden im aktuellen Kapitalismus ökologische Massnahmen keine Mehrheiten,...

Das Meer brennt. Die Welt brennt. In Kanada haben 6068 Grossfeuer in diesem Sommer die vierfache Fläche der Schweiz vernichtet. Bei Feuerstürmen auf Hawaii, in Algerien und in Griechenland starben Hunderte. Sturmfluten verschluckten in Libyen mehr als 2000 Menschen – 10 000 werden noch vermisst.

Wo die Menschen nicht verbrennen, ertrinken sie. Nach dem Feuer kam in Griechenland die Sintflut. Pekings 24 Millionen stand das Wasser jüngst bis über den Kopf, in Pakistan mussten Hunderttausende aus Küstengebieten fliehen. Kalifornien hat zuerst gebrannt, dann schwemmte der Regen die verbrannte Erde weg. In den Alpen und im Himalaya bricht der Berg. Taifune überall.

1,3 MILLIONEN DOLLAR PRO MINUTE

So verdichtet sich die Litanei täglicher Meldungen zur Gewissheit: Wir sind an jenem Kipppunkt angekommen, vor dem klügere Köpfe schon 1960 warnten. Der Sommer 2023 war der heisseste der Menschengeschichte. Ganze Ökosysteme geraten beschleunigt aus dem Lot. Wir sind dabei, die Erde zu einem unbewohnbaren Planeten zu machen. «Letzte Generation» nennt sich eine der Gruppen der Klimabewegung, «Extinction Rebellion» (Rebellion gegen die Auslöschung) eine andere. Das steht für ein Lebensgefühl, inzwischen denkt nicht nur die Klimajugend: Heute gehe es um alles oder nichts. Die Menschheit rotte sich gerade selbst aus.

Der Vorwurf mancher, die Regierungen seien untätig, ist naiv. Das Gegenteil ist wahr, nur andersrum: 2022 haben sie Öl, Kohle und Gas mit mehr als 7000 Milliarden Dollar subventioniert. Jede Minute 1,3 Millionen Dollar öffentlicher Gelder für die Treibhausgase. Logisch, gehen die Profite der Ölkonzerne durch die Decke, logisch, wird mehr Gas in die Luft geblasen denn je. Ihre wortreich beschworene ökologische Wende haben die Regierungen in die Hände der Ölkonzerne gelegt. Die kommende Weltklimakonferenz im Dezember (sie ist schon Nummer 28) wird Ölscheich Sultan Ahmed Al Jaber leiten. Kein böser Witz.

LETZTE SCHMIERUNG

Nur liegen die Fakten inzwischen so eindeutig, dass die Konzerne und ihre Regierungen sie nicht mehr leugnen können (abgesehen von ein paar mit Ölgeld geschmierten rechtsextremen Klimaschwurblern). Also wird mit Milliardenaufwand die Show von der ökologischen Wende und technischer Lösungen inszeniert.

Eine kleine französische Chronik illustriert das. Zuerst beriet Präsident Emmanuel Macron 150 Bürgerinnen und Bürger in einen Klimarat. Sie arbeiteten hart, doch Macron kübelte ihre Vorschläge. Dann behauptete er frech, niemand habe den raschen Klimawandel ahnen können (den die Regierungen angeblich seit der Konferenz von Rio 1992 bekämpfen). Worauf sein Umweltminister meldete, die Gesellschaft müsse sich auf plus 4 Grad einstellen. Apokalyptisch. Bei plus 4 Grad wächst kein Kraut mehr, mindestens eine Milliarde Menschen wären auf der Flucht (zum Vergleich: 5 Grad weniger bedeuten eine Eiszeit). Im Pariser Abkommen von 2015 hatten sich 195 Staaten auf maximal plus 1,5 Grad geeinigt. Schon schlimm genug.

Doch die Profite gehen vor. Als im März mehr als 30 000 gegen die Konfiszierung von Wasser durch die Agroindustrie protestierten, liess der Präsident sie mit 8000 Schock- und anderen Granaten zusammenschiessen, Innenminister. Die Anti-Terror-Direktion (SDAT) verhaftete seitdem Dutzende. Zu den «Aufständen der Erde» (SLT), welche die Demo organisiert hatten, bekennen sich 150 000 Menschen. Macron liess sie verbieten.

Überall, nicht nur in Frankreich, wird die Unterdrückung der Klimabewegung scharf hochgefahren. Deutsche, britische und andere Inlandgeheimdienste jagen «Extinction Rebellion», «Jugend fürs Klima», «Renovate», «Letzte Generation» usw. als «kriminelle Organisationen». Auch in Berlin sind Verbote auf dem Tisch.

KLIMA-KLASSENKAMPF

Was macht die Militanten einer besseren Lebensform den Herrschenden so gefährlich? Mit den Grünen haben sie weniger Probleme. Die sprechen von «Klimakrise» und halten einen grünen Kapitalismus für machbar.

Anfänglich bettelte auch die Klimajugend um Einsicht der Konzerne und der Herrschenden in die Notwendigkeit, aus dem Öl auszusteigen. Doch über die Jahre führte sie der scharfe Kontrast zwischen offizieller Propaganda und ganz realer Klimakatastrophe zum Kern des Problems: Der Kapitalismus kann von seinen fossilen Produktionsformen nicht lassen, Überhitzung ist sein Geschäftsmodell, ökonomisch wie ökologisch.

Sogar die Klimaangst macht das Kapital jetzt zur Quelle neuer Profite. Das läuft unter dem Etikett «nachhaltige Investitionen». Die läppern sich inzwischen auf 100 000 Milliarden Dollar zusammen. Der kanadische Banker Tariq Fancy, 45, nennt es «den Betrug des Jahrhunderts». Dieses Genie der Finanzmärkte war Chef der grünen Investitionen beim weltgrössten Investmentfonds Blackrock (der auch mit unseren PK-Geldern spekuliert). Fancy war mächtiger als die meisten Staatschefs. Heute entlarvt er den Zynismus seiner Kolleginnen und Kollegen: «Die glauben kein einziges Wort ihres eigenen grünen Geredes.» Blackrock ist noch immer einer der grössten Ölinvestoren. Was ist schon der Weltuntergang, wenn sich damit noch fettes Geld machen lässt?

Deshalb sagt Lena Lazare, 23, von «Jugend fürs Klima»: «Ohne Umverteilung und soziale Gerechtigkeit ist jede ökologische Wende Illusion.» Genau, bestätigt der weltbekannte Ökonom Thomas Piketty: «Der ernsthafte Kampf gegen die Klimaerhitzung beginnt mit der tiefgehenden Rückverteilung der Vermögen.» Mit gerechten Steuern für die Reichen. Denn selbst wenn die Politik willig wäre, finden im aktuellen Kapitalismus ökologische Massnahmen keine Mehrheiten, weil sie auf Kosten der unteren und mittleren Schichten gehen.

...weil sie auf Kosten der unteren und mittleren Schichten gehen.

Was Wunder, bauen Gruppen wie «Aufstände der Erde» heute Koalitionen mit kritischen Gewerkschaften, linken Parteien, Organisationen wie «Attac». Gemeinsam ist ihnen die Überzeugung, die «letzte Generation» zu sein, die es gerade noch richten könnte.

Nimmt die Katastrophe aber weiter Fahrt auf, dürften viele Menschen mit diesem selbstmörderischen Kapitalismus brechen wollen. Die Denkfabriken des Kapitals sehen einen Konflikt aufziehen, der die Radikalität frühere Klassenkämpfe übertrifft. Sie haben Grund zur Sorge.

Klimakrise: Lena Bühler (20) und Eric Ducrey (47) im grossen work-Interview über Klima, Kleber und Kohle

«Wir brauchen ein neues Verständnis von Radikalität»

EIN GENERATIONENPROJEKT: Die 20jährige Lena Bühler und den 47jährigen Eric Ducrey eint die brennende Sorge um die Zukunft des Planeten. FOTOS: ISABELLE HAKLAR

Von der Gotthard-Autobahn bis zum Golfplatz von Crans-Montana, vom Wankdorfstadion bis zum Bundesplatz: das ist der Aktionsradius von Klimaaktivistin Lena Bühler und von Eric Ducrey, «Renovate»-Mitglied und Ex-Baubüezer.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN UND IWAN SCHAUWECKER

work: Eric Ducrey, wir treffen Sie, kurz nachdem Sie sich ans Loch 18 auf dem Golfplatz in Crans-Montana geklebt haben. Was war das Ziel dieser Aktion?
Eric Ducrey: Ich bin in Crans-Montana aufgewachsen, als Jugendlicher habe ich auf dem Golfplatz als Caddy gearbeitet. Doch bei der Aktion ging es

«Wir werden trotz Repression weitermachen – denn wir haben keine andere Wahl.»
ERIC DUCREY

um etwas anderes: «Renovate Switzerland» fordert die Ausrufung des Klimanotstandes und eine bessere Sanierung aller Gebäude in der Schweiz. Damit wären die Häuser im Sommer kühler, wir könnten die Heizkosten halbieren und 15 Prozent der Emissionen im Inland einsparen.

War die Aktion ein Erfolg?
Eric Ducrey: Bei all unseren Aktionen wollen wir Aufmerksamkeit und ein Bewusstsein für die Klimakrise schaffen. Wir hatten in Crans-Montana ein gutes Medienecho. Die Gesellschaft kann unser Anliegen nicht länger ignorieren. Obwohl in der Sportpresse leider wenig über unsere inhaltlichen Anliegen zu lesen war.

Lena Bühler, lange vor den Klebeaktionen waren Sie Klimaflitzerin am Cupfinal im Berner Wankdorfstadion. Setzen Sie heute noch auf zivilen Ungehorsam?
Lena Bühler: Ich finde es sehr wichtig, dass wir diese verschiedenen Formen von Aktivismus haben. Wir brauchen die Demos zur Sichtbarkeit der Breite der Bewegung und für die politische Veränderung. Die Aktionen des zivilen Ungehorsams sind ein Zeichen dafür, dass wir in einer Notlage sind. Aber mir ist es wichtig, dass wir nicht nur auf diese spektakulären Aktionen schauen. Wir brauchen ein neues Verständnis von Radikalität: Es kann auch sehr radikal sein, bei der Arbeit oder in einer Schule eine Klimagruppe zu gründen. Bei Aktionen des zivilen Ungehorsams finde ich es wichtig, dass sie direkt auf die Emissionsquellen wie Kohle, Öl und Gas abzielen.

Eric Ducrey, Sie waren auch bei der Gotthard-Blockade an Ostern dabei. Viele Autofahrer und Autofahrerinnen waren ausser sich. Wieso setzten Sie sich dieser Wut aus?
Eric Ducrey: Unsere Aktion am Gotthard fand weltweites Echo, sogar in Australien gab es Zeitungsberichte. Wir setzen uns der Wut der Menschen aus. Und den Medien, die berichten, dass wir alle verärgerten. Aber sie schreiben auch über unsere Gründe und Forderungen. Und auch viele Urnerinnen und Urner fanden unsere Aktion gut. Was mich besonders motiviert, ist mein Sohn. Die Generation der jungen Menschen wie Lena. Wir müssen die Verfassung endlich respektieren: Wir haben die Pflicht, den kommenden Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der Leben möglich ist.

SVP-Nationalrat Mike Egger bezeichnete Sie nach der Gotthard-Aktion als Terroristen. Sind Sie ein Terrorist?
Eric Ducrey: Nein, ich bin kein Terrorist, denn ein Terrorist ist gewalttätig. Im Gegenteil: Michel Forst, UN-Sonderberichterstatter für Umweltschützende, betont, dass die zunehmende staatliche Gewalt gegen Klimaaktivistinnen und -aktivisten ein Problem sei. In der Schweiz leben wir im Vergleich zu anderen Ländern zum Glück noch relativ sicher. Aber es kann sich mit einem solchen Diskurs schnell ändern. Wir werden aber trotz Repression weitermachen – denn wir haben keine andere Wahl.

Rechte Parteien behaupten, die Schweiz stehe international punkto Klimaschutz mustergültig da und könne als kleines Land ohnehin nicht viel bewirken…
Lena Bühler: Ganz im Gegenteil. Die Schweiz spielt international eine zentrale Rolle als Finanz- und Rohstoffhandelsplatz. Wenn Schweizer Banken in

«Bei der jetzigen Ungleichheit müssen ganz viele Menschen ganz grosse Abstriche machen.»
LENA BÜHLER

fossile Konzerne wie Total Energie investieren, verursacht das enorme Schäden. Deshalb müssen wir diese Branchen regulieren. Und dann braucht es im Inland natürlich auch deshalb Veränderungen, weil wir hier im globalen Schnitt immer noch weit über den Verhältnissen leben.
Eric Ducrey: Unser Energiehunger ist grenzenlos. Wir importieren extrem viel. Warum braucht China so viel Kohle für seine Industrie? Weil die ganze Welt Produkte aus China kauft, auch in der Schweiz. Wir Schweizerinnen und Schweizer tragen eine enorme Verantwortung. Und diese Verantwortung übernehme ich heute, in dem ich zivilen Widerstand leiste.

Lena Bühler, Sie sind seit über fünf Jahren in der Klimabewegung aktiv. Was hat sich in dieser Zeit verändert?
Lena Bühler: Die Systemfrage ist in den Vordergrund gerückt. Ich selbst nehme die Klimakrise und ihre Ursachen viel stärker systemisch wahr. Wir müssen die planetaren Grenzen akzeptieren und dabei auch die Verteilungsfrage stellen. Wenn Ressourcen gerecht verteilt sind, reichen sie für ein gutes Leben für alle. Aber bei der jetzigen Ungleichheit müssen ganz viele Menschen grosse Abstriche machen. Und ich musste lernen, dass die fossile Lobby sehr, sehr stark ist und wir deshalb eine massive Gegenbewegung brauchen.

Rekordhitze und Rekordüberschwemmungen wechseln sich in diesem Sommer ab. Immer mehr Menschen spüren die Klimakrise am eigenen Körper. Zum Beispiel auf dem Bau.
Eric Ducrey: Es ist heftig! In den Baugruben haben wir manchmal über 50 Grad gemessen. Die Arbeiter sind draussen und arbeiten oft an Orten, wo es wenig Schatten hat. Das ist unmenschlich.

Momentan wird alles teurer, besonders auch die Energiepreise. Noch höhere Kosten können viele Haushalte nicht mehr stemmen, manche fürchten gar um ihren Job. Was sagen Sie diesen Menschen?
Eric Ducrey: Die Wärmedämmung von Gebäuden wird sehr viel Arbeit generieren: beim Gerüstbau, bei den Gipserinnen, bei den Malern. Die Politik muss sicherstellen, dass die Menschen eine Arbeit haben, die ihnen ein gutes Leben ermöglicht, das heisst mehr Lebensqualität, mehr Zeit. Zum Beispiel auf dem Bau sind die Arbeitstage sehr lang. Deswegen sind die Bauarbeiter auf ein Auto angewiesen. Sie mögen ihre Arbeit, aber die Politik und die Gewerkschaften müssten die Voraussetzungen schaffen, dass die Arbeiter auf verantwortungsvolle Weise leben können. Deshalb ist die Reduktion der Arbeitszeit und der Arbeitswege auch wichtig.
Lena Bühler: Wenn man bequeme Arbeitsbedingungen hat und viel an der Zerstörung des Klimas verdient, hingegen die Jobs für die Energiewende schlecht bezahlt und diese unattraktiv sind, dann klappt die Klimawende natürlich nicht. Das müsste ja genau umgekehrt sein. Da haben wir als Klimabewegung und Gewerkschaften ein gemeinsames Aktionsfeld.

Was erwarten Sie von den Gewerkschaften?
Lena Bühler: Die Arbeitszeitverkürzung ist eine sehr gute Schnittstelle für feministische Anliegen, für soziale Anliegen, aber auch für den Klimaschutz. Die Gewerkschaften tragen eine Verantwortung und müssen sich konsequent für Klimagerechtigkeit einsetzen, auch weil sie andere Zielgruppen erreichen. Alle müssen über sich hinauswachsen, aus der Komfortzone raus und mutig sein. Das trifft auf Organisationen und auch auf Einzelpersonen zu.
Eric Ducrey: Dass sich die Gewerkschaften mit der Klimakrise auseinandersetzen und mit uns zivilen Widerstand leisten – für den Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Gibt es noch weitere Schnittpunkte?
Lena Bühler: Zum Beispiel die Arbeitsplätze, die verloren gehen, in der Flugbranche, in der Stahl- oder auch Zementproduktion. Da fordern wir bezahlte Umschulungen, so dass diese Menschen in zukunftsfähigen Branchen arbeiten können.

Was haben Sie an der nationalen Klimademo am 30. September vor?
Lena Bühler: Ich freue mich, Menschen aus der ganzen Schweiz an der Demo zu treffen. Sie kommen mit dem Zug, dem Velo oder auch zu Fuss nach Bern.

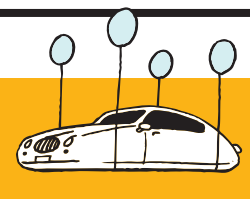
Eric Ducrey, werden Sie auch in Bern sein?
Eric Ducrey: Ja, sicher!

Mit oder ohne Kleber?
Eric Ducrey: (lacht) Ohne Kleber!

ERIC DUCREY (47) lebt mit seinem 16jährigen Sohn seit kurzem im Wallis. Er ist Vollzeit engagiert bei «Renovate Switzerland». Zuvor hat er zwei Jahre für die Gewerkschaft Unia und während zehn Jahren als Bauarbeiter im Kanton Freiburg gearbeitet. Er ist Unia-Mitglied und Mitglied der Grünen Partei.

LENA BÜHLER (20) studiert Rechtswissenschaften in Freiburg und organisiert für die Klimaallianz die nationale Klimademo vom 30. September in Bern. Sie ist seit 2019 bei «Klimastreik Schweiz» involviert und hat am Klimaaktionsplan und «Strike For Future» mitgewirkt.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Ökosozialer Umbau: Die UBS gehört verstaatlicht

30 000 UBS-Jobs weltweit verschwinden. 10 000 davon in der Schweiz. Die Produktivität der Grossbank wird steigen. Die Risiken leider auch. Und niemand regt sich darüber auf.

Ex-Finanzminister Ueli Maurer hat nichts für die Rettung der Credit Suisse gemacht. Er liess alles einfach den Bach runtersausen. Und Karin Keller-Sutter, seine Nachfolgerin, ist die Mutter des neuen UBS-Monsters.

Jetzt ist die neue UBS noch viel systemrelevanter, als es die alte UBS war. Schlicht und einfach, weil sie grösser ist. Wer die Risiken dämpfen will, muss von dieser Grossbank zumindest 30 Prozent Eigenkapital verlangen. Denn retten muss man sie so oder anders. Früher oder später.

GEWALTIGES RISIKO: Bund und Nationalbank haften bei der nächsten Krise mit 500 Milliarden Franken für die UBS. FOTO: KEYSTONE

DUNKELKAMMER. Alle kannten die Missstände bei der Credit Suisse. Niemand machte etwas dagegen. Aymo Brunetti, der ehemalige Kommissar des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), machte unbrauchbare Vorschläge, die sich – als es ernst wurde – in Luft auflösten.

Alle Vorstösse, die mehr Eigenkapital verlangten, wurden in den eidgenössischen Räten versenkt. Etwa jener von Ex-SP-Nationalrätin und Ökonomin Susanne Leutenegger Oberholzer.

Und die für die Untersuchung des Niedergangs der Credit Suisse geschaffene parlamentarische Untersuchungskommission wird erst nach den nationalen Wahlen funken. Anstatt öffentliche Hearings durchzuführen, arbeitet sie in der Dunkelkammer. Der Berg der Geheimnistuerinnen und Geheimnistuer wird nicht einmal eine Mini-Micky-Maus gebären.

UBS-Chef Sergio Ermotti will nun pro Jahr 10 Milliarden Franken sparen. Davon 7 Milliarden bei den Löhnen. Und gleichzeitig kräftig wachsen. Das heisst, die neu geschaffene Mega-Bank braucht 30 000 Lohnabhängige weniger als bisher, um künftig mehr Bankdienstleistungen zu erbringen als die beiden bisherigen Grossbanken CS und UBS zusammen. 10 000 Stellen gehen allein in der Schweiz verloren. Dies führt zu einem gigantischen Produktivitätsgewinn, den sich die Boni-Banker sowie die Aktionärinnen und Aktionäre je zur Hälfte teilen wollen. So, wie in der Vergangenheit auch schon.

Die Bankkundinnen und -kunden werden davon nicht profitieren, weil zu viel Marktmacht immer auch zu viel Monopolrendite bedeutet.

Alle staatlichen und genossenschaftlichen Banken in der Schweiz haben sich in den letzten Jahrzehnten gut gehalten. Deshalb fordert zurzeit niemand mehr ihre Privatisierung. Sie machen zwar auch zu hohe Gewinne, aber diese fliessen zum grösseren Teil wieder in die Kassen des Bundes und der Kantone.

VERSTAATLICHUNG. Bund und Nationalbank haften bei der nächsten Krise zusammen mit 500 Milliarden für die New-Ermotti-Bank. Spätestens in 15 Jahren. Unglaublich, aber wahr: Bürgen ist würgen. Wir Schweizer und Schweizerinnen bürgen für eine faktische Staatsbank, die vorab Ausländern gehört. Und niemand regt sich darüber auf.

Warum in aller Welt kuschen die Medien trotzdem vor Sergio Ermotti? Die Antwort ist verdammt einfach: Die Credit Suisse verwöhnte die Medien mit Inseraten. Und alle möglichen Veranstalter mit Sponsoring-Beiträgen. Diese Schmiermittel und Salben werden neu mindestens halbiert. Wer nicht mit und für Sergio Ermotti marschiert, wird rasiert.

Die meisten Ökonomen sind der Ansicht, dass man die Credit Suisse im letzten Herbst hätte erfolgreich verstaatlichen können und müssen.

Weiter gedacht heisst das: Man müsste jetzt die UBS verstaatlichen, weil man sowieso für sie haftet.

Würde eine Verstaatlichung die 30 000 Jobs zurückbringen, die verloren gehen? Wohl kaum. Eine Verstaatlichung hätte dennoch viele Vorteile:

- Neu dürfte es keine Boni mehr geben. Sie schaffen falsche Anreize.
- Der Staat als Alleinaktionär könnte und müsste den Stellenabbau sozialverträglicher gestalten.
- Eine verstaatlichte UBS müsste die Bank der KMU sein und könnte als «Greenbank» den ökologischen Umbau voranbringen.

Alles Utopie? Wenden wir uns den Zahlen zu. Die Marktkapitalisierung der UBS beträgt 75 Milliarden Franken. Die Nationalbank verfügt über ein Vermögen von 900 Milliarden Franken. Davon müsste man 600 Milliarden in einen unabhängigen Staatsfonds legen, der die Enteignung der UBS aus der Portokasse bezahlen könnte.

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/nzzjost**
Der Ökonom Adriel Jost fordert für die UBS ein Eigenkapital von 338 Milliarden Franken. Ihre Marktkapitalisierung beträgt nur 75 Milliarden Franken. Wenn man schon haftet, müsste man den ganzen Ermotti-Saftladen verstaatlichen. Und die Horden von Boni-Bankern aus dem Mammon-Tempel verjagen.

- **rebrand.ly/bilanzschuetz**
Der Chefredaktor des Wirtschaftsmagazins «Bilanz», Dirk Schütz, hat ein spannendes Buch über den Untergang der Credit Suisse geschrieben. In seinen Augen haben versagt: Ex-Finanzminister Ueli Maurer, Noch-Chef der Finanzmarktaufsicht (Finma) Urban Angehrn und vorab Nationalbankchef Thomas Jordan. Sie hätten nicht erfinderisch gehandelt. Bundesrat Maurer ist weg. Finma-Boss Angehrn geht in wenigen Tagen. Und SNB-Jordan ist überfällig. Die Forderung, die UBS zu verstaatlichen, kommt jetzt vielleicht etwas überraschend. Und trotzdem ist sie vielleicht nicht ganz falsch.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

INSERAT

Unsere gepfefferte Kritik an gesalzenen Preisen.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Das feministische Künstlerinnenkollektiv Hulda Zwingli im Zürcher Kunsthaus

Und weit und breit kein nackter Mann

Gleichberechtigung in der Kunst? Denkste! Künstlerinnen üben scharfe Kritik am patriarchalischen Kunstbetrieb.

RALPH HUG

«Hulda Zwingli» ist eine Kunstfigur, ersonnen von einem Kollektiv von Zürcher Künstlerinnen. Und zwar just am 14. Juni 2019, dem Tag des Frauenstreiks. Die engagierten Feministinnen haben es auf den Kunstbetrieb abgesehen. Sie wollen aufzeigen, wie stark er von Männern dominiert ist und wie Frauen darin viel zu kurz kommen. Jetzt zeigt das Kollektiv im Zürcher Kunsthaus das Ergebnis einer grösseren Recherche.

Die neue Kunsthaus-Direktorin Ann Demeester hatte Hulda Zwingli aufgefordert, sich im Rahmen der neuen Reihe «ReCollect!» in den Tiefen der Sammlung des Kunsthauses umzusehen. Und was kam dabei heraus? Erschütterndes. Erst wollte Hulda Zwingli einmal männliche statt wie gewohnt nur immer weibliche Akte zeigen. Sie fand aber keine. Keinen einzigen! Ein klares Zeichen, wie stark in der Kunst seit Jahrhunderten der männliche Blick auf den weiblichen Körper dominiert. Dann wollte Hulda Zwingli wissen, wie es um die Malerinnen steht. Fazit: Nur gerade elf Prozent der Werke in den Kunsthaus-Ausstellungen stammten von Frauen. Alle anderen waren Männer. Gleichstellung der Geschlechter in der Kunst? Fehlanzeige.

Es fanden sich keine männlichen Akte im Archiv des Kunsthauses.

AUS DEM KELLER ANS LICHT: Das Künstlerinnenkollektiv Hulda Zwingli durchforstete die Sammlung des Kunsthauses Zürich nach Werken von Malerinnen. Die Ausbeute: zahlreiche Trouvaillen. FOTO: ZVG

DER WIND HAT GEDREHT

«Müssen Frauen nackt sein, um ins Museum zu kommen?» So fragten einst provokativ die Guerrilla Girls, ein Künstlerinnenkollektiv so wie Hulda Zwingli. Bis jetzt fruchteten solche Interventionen wenig. Doch jetzt, so scheint es zumindest, hat der Wind gedreht. Im Zuge des Skandals um die Bührle-Raubkunst ist das freisinnige Zürcher Establishment in die Defensive geraten. Und im Kunsthaus weht plötzlich ein neuer Wind. Endlich hat auch kritische Kunst dort Platz. Sogar solche, die explizit den Kapitalismus und seine weltumspannende Herrschaft in Frage stellt.

Genau dies führt uns die peruanische Künstlerin Daniela Ortiz (*1983) vor. Sie erinnert in ihren Werken an die aufständischen Bauern sowohl im globalen Süden wie auch in Europa. Bauern, die sich gegen die Enteignung ihres Bodens und ihre Knechtung durch eine feudalistische Oberschicht wehrten und dabei meist brutal unterdrückt wurden. Ortiz nennt vergessene Namen wie den Befreiungstheologen Camilo Torres aus Kolumbien oder Thomas Müntzer, der im 16. Jahrhundert einen Bauernaufstand in Deutschland befeuerte und darauf hingerichtet wurde. In ihrer politisch aufgeladenen Kunst gedenkt Ortiz der Opfer des europäischen Kolonialismus. Und daran, dass eine alte Forderung immer noch aktuell ist: Das Land sollte denen gehören, die es bestellen. Und nicht profitorientierten Konzernen, reichen Familiendynastien oder raffgierigen Potentaten.

MALERINNEN NEU ENTDECKT

Hat man so etwas im Zürcher Kunsthaus, dem Tempel des Schönen des Zürcher Bürgertums, schon mal gesehen? Gewiss nicht. Hulda Zwingli und Daniela Ortiz, aber auch neue Werke von Matias Faldbakken und Ida Ekblad bilden einen lebendigen Kontrapunkt zur konservativen Sammlung alter Meister. Ohne die feministischen Provokationen wäre es wohl nie so weit gekommen. Dank Hulda Zwingli kennen wir jetzt auch Malerinnen wie Sophie Schäppi, Grandma Moses, Alice Bailly oder Helen Dahm, deren Werke kaum je gezeigt wurden. Helen Dahm (1878–1968) war zum Beispiel die erste Frau, die den Zürcher Kunstpreis gewann. Aber sie fristete eine kümmerliche Existenz und war im Alter sogar auf die Hilfe von Freunden angewiesen, um zu überleben.

«Es gibt noch viel zu entdecken», sagt Hulda Zwingli zu Recht. Und fügt selbstironisch bei: «Bevor Hulda auf dem Scheiterhaufen landet.» Sorgen wir dafür, dass das nie passieren wird.

Ausstellung **ReCollect!** derzeit im Zürcher Kunsthaus (Moser-Bau). **www.kunsthaus.ch/sammlung/recollect.**

175 Jahre Verfassung

Tour durch Bern 1848

Vor 175 Jahren arbeitet die Schweiz im Eiltempo eine liberale, demokratische Bundesverfassung aus. Wie kann dies gelingen – so kurz nach einem Bürgerkrieg? Wie schafft es der Berner Politiker Ulrich Ochsenbein, die drohende Spaltung der Eidgenossenschaft abzuwenden? Warum erhält unser Parlament zwei Kammern? Und wie steht es um die Rechte der Frauen? Und um jene der Juden? Die Antworten gibt es auf einer spannenden Audiotour durch die Berner Altstadt. 14 kurze Hörstücke führen die Hörerinnen und Hörer an die damaligen Orte des Geschehens – und damit ein Stück näher an das turbulente Jahr 1848.

Audiotour **1848 – eine unglaubliche Geschichte,** konzipiert von den Parlamentsdiensten der Bundesversammlung. Infos unter: **rebrand.ly/1848audio.**

Junge Plakate

Burn Baby, burn

Zwei Grafikklassen der Zürcher Schule für Gestaltung haben an die 100 Plakate zum Thema «Frieden und Klima» gestaltet – in Zusammenarbeit mit Kultur und Volk, einem 1935 gegründeten, 1990 eingeschlafenen und 2022 wiederbelebten sozialistischen Kulturverein. Jetzt ist die Sammlung im Kulturhaus Helferei zu bestaunen. Ein Besuch lohnt sich! Denn die Jung-Grafikerinnen und -Grafiker sprudeln vor Kreativität. Ihre Werke zeigen, dass die Jugend den Schuss gehört hat: Frieden und Klimaschutz können nicht vertagt werden. Andererseits grassieren Profitstreben, Gleichgültigkeit und Egoismus nach wie vor. Auch das zeigen die Plakate, etwa der work-Favorit: Ein weisser Nuggi vor grellem Flammenmeer, dazu ein stillschweigender Fluch der Elterngeneration: «Burn Baby, burn!»

KREATIV: Bildhafte Zeitkritik zweier Zürcher Grafikklassen. FOTO: ZVG

Plakatausstellung **Frieden und Klima,** Kulturhaus Helferei, Kirchgasse 13, Zürich, freier Eintritt, bis am 27. September. Infos unter **www.kulturundvolk.ch.**

Tatort Fleischindustrie

Die Not der Schlachter

In den Fleischfabriken Niedersachsens, der wichtigsten Schlachtregion Deutschlands, chrampft eine Armee ausgebeuteter Osteuropäerinnen und Osteuropäer am Band. Ihre Arbeiten sind eintönig, ihre Löhne mies und ihre Stellenvermittler nicht selten kriminell. Wer es sich mit diesen verscherzt, riskiert Job und sogar Unterkunft. Die Folge: Rund um die Schlachthöfe leben «Waldmenschen», also verarmte, obdachlose Fleischarbeitende, die im Unterholz nächtigen. Diesem Phänomen geht jetzt eine Folge des legendären Podcast-Formats «Zeit Verbrechen» auf den Grund.

Waldmenschen im Kriminalpodcast Zeit Verbrechen, 70 Minuten, online unter **rebrand.ly/schweinewelt.**

work 1x1 der wirtschaft

Hans Baumann

REICHE SCHWEIZ? ÜBER DIE HÄLFTE BESITZEN (FAST) NICHTS

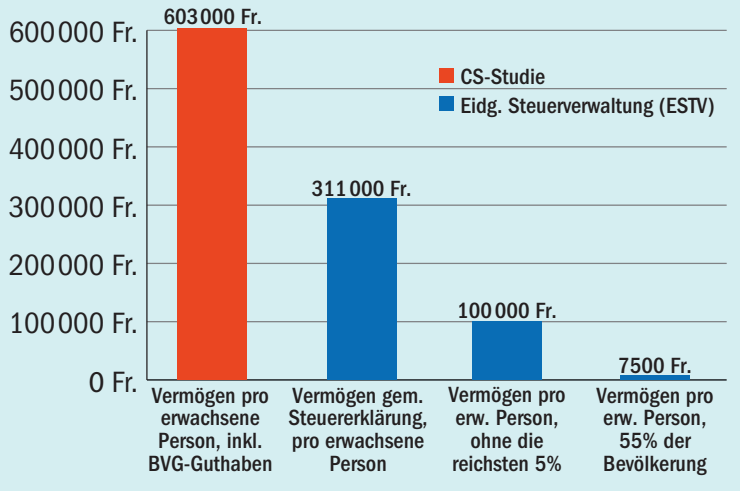
Der jährlich von der Credit Suisse publizierte «Global Wealth Report» rechnet vor, dass die in der Schweiz lebenden erwachsenen Personen mit über 603 000 Franken das höchste Durchschnittsvermögen der Welt aufweisen. Dies weit vor den USA, die an zweiter Stelle liegen, und allen anderen Ländern. Zweifellos ist die Schweiz eines der wohlhabendsten Länder der Welt. Die CS-Studie relativiert dies jedoch gleich selbst wieder: Der Reichtum ist in der Schweiz sehr ungleich verteilt. Deshalb liegt das mittlere Vermögen dann nur noch bei etwas mehr als 167 000 Dollar. Das mittlere Vermögen (Median) ist derjenige Wert, der genau in der Mitte liegt, das heisst 50 Prozent der Erwachsenen besitzen weniger als 167 000, 50 Prozent besitzen mehr. So gerechnet liegt die Schweiz nur noch an sechster Stelle. Also zum Beispiel hinter Belgien, Dänemark und Neuseeland, deren Reichtum gleichmässiger verteilt ist.

BVG-TRICK. Auf der Basis der neusten Vermögensstatistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) kommt man allerdings nochmals auf ganz andere Werte. Der Hauptgrund dafür ist, dass die CS-Studie die Pensionskassenguthaben als Privatvermögen einbezieht. Das ist fragwürdig, weil die zweite Säule in der Schweiz ein gesetzlicher Bestandteil der Altersvorsorge ist und die Arbeitnehmenden vor der Pensionierung nicht darüber verfügen können. Die ESTV-Statistik basiert hingegen auf dem Reinvermögen aus der Steuerveranlagung, also ohne PK-Guthaben. So sinkt das Durchschnittsvermögen pro erwachsene Person auf 311 000 Franken, im Vergleich mit der CS-Studie etwa die Hälfte. Und da sich in der Schweiz rund drei Viertel des Vermögens bei den reichsten 5 Prozent der Bevölkerung konzentrieren, bleibt für die grosse Mehrheit von 95 Prozent der Bevölkerung nicht mehr so viel übrig: Deren Vermögen beträgt durchschnittlich rund 100 000 Franken.

LETZTE RESERVEN WEG. Und in der unteren Hälfte der Wohlstandspyramide? Ohne Berücksichtigung der PK-Vermögen besitzen über die Hälfte der Erwachsenen gar nichts, sind verschuldet oder haben nur wenige Ersparnisse. Im Durchschnitt ergibt dies für 55 Prozent der erwachsenen Bevölkerung nur rund 7500 Franken Vermögen. Jetzt, angesichts Teuerung, steigender Mieten, Krankenkassenprämien und Strompreise kann sich das fatal auswirken: Eine Mehrheit der Bevölkerung hat keine Reserven, wenn die Kaufkraft sinkt und der Lohn knapp wird.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Die Superreichen verfälschen das Bild



LESEBEISPIEL: Im Durchschnitt besitzen 55 Prozent der Erwachsenen ein Vermögen von lediglich 7500 Franken. Weil es aber in der Schweiz eine kleine Spitze extrem reicher Menschen gibt, ergibt sich rechnerisch für alle Erwachsenen ein Durchschnittsvermögen von 311 000 Franken.

QUELLEN: CS GLOBAL WEALTH REPORT 2023, VERMÖGENSSTEUERSTATISTIK ESTA 2022 (BEZIEHT SICH AUF DAS STEUERJAHR 2019), ZAHLEN <95 UND <55% EXTRAPOLIERT.

Das offene Ohr

Marina Wyss
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Ferien bei Teilzeitanstellung: Welchen Lohnanspruch habe ich?

Vereinbart wurde in meinem ersten Arbeitsvertrag ein Pensum von mindestens 40 Prozent. Im letzten Jahr habe ich in einem zweiten Arbeitsvertrag ein zusätzliches variables Pensum angenommen. Im Durchschnitt arbeite ich jetzt etwa 60 Prozent auf einer Stundenlohnbasis von 27 Franken. Habe ich während der Ferien Anrecht auf den Lohn, den ich bei einem 60-Prozent-Pensum verdiene?

MARINA WYSS: Ja. Bei einem geleisteten 60-Prozent-Pensum besteht auch während der Ferien Anspruch auf diesen Lohn. Ich rate Ihnen, die Arbeitszeitrapporte zu kontrollieren und Ihr durchschnittliches Pensum zu berechnen. Falls Sie mit der neuen Zusatzaufgabe im Schnitt auf ein 60-Prozent-Pensum gekommen sind, müssten Sie in den Ferien einen Lohn erhalten, der diesem neuen durchschnittlichen Pensum entspricht.

DIE FERIEN VERDIENT: Bei Teilzeitarbeit wird der Ferienlohn nicht immer korrekt berechnet. FOTO: ADOBE STOCK

Kündigung wegen Krankheit: Bin ich während der Probezeit geschützt?

Seit zwei Monaten arbeite ich in einem neuen Job. Ich wurde krank, und meine Arbeitgeberin kündigte mir auf Ende Monat mit einer Frist von sieben Tagen. Innerhalb einer Woche habe ich keine Einkünfte mehr und kann keine neue Stelle finden. Ich habe der Arbeitgeberin geschrieben, dass ich gehört hätte, dass es einen Kündigungsschutz gebe und sie mich nicht einfach krank auf die Strasse stellen könne. Sie antwortete mir, dass ich noch in der Probezeit sei und sie mir daher mit der kurzen Kündigungsfrist von sieben Tagen kündigen dürfe. Ist das richtig?

MARINA WYSS: Leider ja. Erst nach der Probezeit sind Sie während sogenannter Sperrfristen vor Kündigungen geschützt. Nach OR gilt der erste Monat als Probezeit, allerdings kann vertraglich auch eine längere Probezeit vereinbart werden, die aber nicht länger als drei Monate dauern darf. Sie müssen also Ihren Arbeitsvertrag oder den GAV kontrollieren: Wurde eine Probezeit von beispielsweise drei Monaten vereinbart, ist eine Kündigung mit einer Frist von sieben Tagen rechtens, und Sie sind nicht gegen Kündigungen wegen Krankheit geschützt. Bei der Arbeitslosenversicherung erhalten Sie trotzdem für eine begrenzte Zeit Taggelder, darum sollten Sie sich so oder so dort melden. Steht in Ihrem Arbeitsvertrag nichts zur Dauer der Probezeit, gilt laut Gesetz nur der erste Monat als Probezeit.

Niedriges Einkommen: Wenn das Geld vorn und hinten nicht reicht

So nehmen Sie Ihre Rechte auf Unterstützung wahr

Sie schuften, doch der Lohn reicht einfach nicht? Das geht immer mehr Menschen so, seit die Löhne der Teuerung hinterherhinken. Kommt noch ein Unfall dazu, Arbeitslosigkeit oder ein Ex-Partner, der die Alimente nicht bezahlt, gerät man schnell in Geldnot. work zeigt, welche Möglichkeiten Sie haben und wo Sie Hilfe bekommen.

VIEL NOT, WENIG NÖTIG: Wer im Alltag jeden sind, bei den grösseren Brocken etwas Luft

Rappen zweimal umdrehen muss, sollte schauen, ob alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu schaffen. Zum Beispiel bei Steuern und Krankenkassenprämien. FOTO: KEYSTONE

MARIA KÜNZLI

STEUERN: STEUERERLASS, RATENZAHLUNG, STUNDUNG

Sehen Sie keine Möglichkeit, die Steuern zu bezahlen, sollten Sie schnell reagieren. Nehmen Sie mit dem zuständigen Steueramt Kontakt auf, sobald Sie die definitive Steuerveranlagung bekommen haben. Grundsätzlich gibt es dann drei Möglichkeiten, um finanziell ein bisschen Luft zu bekommen: Steuererlass, Ratenzahlung oder Stundung.

Der Steuererlass ist dann eine Möglichkeit, wenn Sie dauerhaft über zu wenig Einkommen und kein Vermögen verfügen. Die Steuerbehörde prüft in diesem Fall unter anderem, wie hoch Ihr betreibungsrechtliches Existenzminimum ist. Dieses wird errechnet aus einem Grundbetrag (Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Körperpflege, Strom usw.) und weiteren Ausgaben wie Miete, Prämie der Krankenkassengrundversicherung, Schulkosten, Unterhaltsbeiträgen oder Medikamenten. Alle Auslagen müssen belegt werden. Liegt Ihr Einkommen unter dem errechneten Existenzminimum, kommt der Steuererlass in Betracht.

Wichtig ist, das Erlassgesuch möglichst bald zu stellen, nachdem Sie die definitive Veranlagung bekommen haben. Verpassen Sie die Zahlungsfristen oder werden Sie gar betrieben, hat ein Gesuch bei der Steuerbehörde meistens kaum Chancen. Ein Gesuch um Steuererlass können Sie in der Regel persönlich am Schalter oder schriftlich beim Steueramt Ihrer Gemeinde einreichen. Sie brauchen dafür unter anderem Ihre Lohn- und Rentenabrechnungen, Belege für die Krankenkasse, Miete und Nebenkosten sowie eine allfällige Scheidungsvereinbarung.

Ist Ihr Einkommen zu hoch für einen Steuererlass, haben Sie die Möglichkeit, die Steuern in Raten abzubezahlen oder eine Stundung zu beantragen, also die Zahlungsfrist zu verschieben. Auch hier sollten Sie reagieren, bevor Sie gemahnt werden. Stimmt das Steueramt einer Ratenzahlung zu – einen rechtlichen Anspruch darauf gibt es nicht –, beginnt die Zahlungsfrist sofort. Bei einer

Für einen kompletten Steuererlass sind die Anforderungen hoch.

Stundung lässt sich die Zahlungspflicht bis zu einem Jahr aufschieben. Am besten gehen Sie mit einem konkreten Vorschlag auf die Steuerbehörde zu. Sie können sich beim Formulieren des Vorschlags von der Schuldenberatung unterstützen lassen **(schulden.ch)**. Aber Achtung: Können Sie die neue Zahlungsvereinbarung nicht einhalten und lassen die Zahlungsfristen verstreichen, verlangt das Steueramt in den meisten Fällen per sofort den gesamten geforderten Betrag.

KRANKENKASSE: PRÄMIENVERBILLIGUNG

Sie haben ein Anrecht auf Prämienverbilligung bei Ihrer Krankenkasse, wenn Ihr Einkommen tief ist. So sieht es das Krankenversicherungsgesetz KVG **(rebrand.ly/krankenversicherung)** vor. Wie hoch das Haushaltseinkommen sein darf, damit Ihnen die Prämienverbilligung zusteht, ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Auch die Höhe der Prämienverbilligung ist kantonal geregelt. Entscheidend ist neben dem Haushaltseinkommen die Anzahl der Kinder und ihr Alter. In den meisten Kantonen sollten Sie automatisch informiert werden, falls Ihnen eine Verbilligung der Prämie zusteht. Aber verlassen Sie sich nicht darauf! Melden Sie sich beim kantonalen Amt **(rebrand.ly/kvgverbilligung)** oder bei einer Beratungsstelle, um abzuklären, ob Sie ein Anrecht auf Prämienverbilligung haben. Wird Ihnen das Antragsformular automatisch zugeschickt, müssen Sie es innerhalb einer bestimmten Frist ausgefüllt zurücksenden. Bei unteren und mittleren Einkommen sind die Kantone per Gesetz verpflichtet, die Prämien von Kindern um mindestens 80 Prozent zu verbilligen, die Prämien von jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50 Prozent. Eine Prämienverbilligung ist allerdings immer nur für die Grundversicherung möglich.

Die Prämienverbilligung wird vom Kanton direkt an Ihre Krankenkasse überwiesen. Diese zieht den Betrag von der Rechnung ab. Wechseln Sie die Krankenkasse, bleibt Ihr Anspruch bestehen, und Sie müssen sich nicht selbst bei der zuständigen kantonalen Stelle melden. Die alte Krankenkasse informiert den Kanton über den Wechsel und teilt ihm den neuen Versicherer mit.

RENTE ODER IV: ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN

Reicht die Rente oder die IV nicht zum Leben und ist Ihr Vermögen nicht grösser als 100 000 Franken bei Alleinstehenden oder 200 000 bei Ehepaaren, haben Sie das Recht auf Ergänzungsleistungen. Diese müssen Sie aber selbst beantragen. Die Ergänzungsleistungen werden von den Kantonen bezahlt und in zwei Kategorien unterteilt: in jährliche Beträge, die monatlich ausbezahlt werden, und in die Übernahme von Krankheits- und Behinderungskosten. Letztere werden dann übernommen, wenn sie nicht bereits durch eine Versicherung (Krankenkasse, Unfallversicherung, Haftpflicht oder IV) gedeckt sind.

Wenn Sie nicht sicher sind, ob Sie Anrecht auf Ergänzungsleistungen haben, können Sie es online und anonym prüfen lassen **(rebrand.ly/checken_EL)**.

ALIMENTE: ALIMENTENBEVORSCHUSSUNG

Wenn ein Elternteil die Alimente nicht bezahlt, können Sie sich an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Ihres Kantons wenden **(rebrand.ly/kinderschutz)**. Diese hilft, beim Partner die Alimente durchzusetzen, oder überbrückt die Notlage allenfalls mit einer Alimentenbevorschussung.

WORKTIPP

VERGÜNSTIGT EINKAUFEN

Lebensmittel sind teuer, besonders für Familien. Es gibt aber Möglichkeiten, vergünstigt einzukaufen. Abends bieten zum Beispiel viele Grossverteiler Ware, deren Haltbarkeitsdatum demnächst abläuft, zu einem vergünstigten Preis an. Über die App Too good to go **(toogoodtogo.com)** erfahren Sie, welche Restaurants und Läden Lebensmittel vergünstigt abgeben. Sie können sie reservieren und zu einer bestimmten Zeit abholen. In den Shops der Caritas erhalten Menschen mit kleinem Budget Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs (Infos: **www.caritas.ch**).

VERGÜNSTIGTE FREIZEIT

KENNEN SIE DIE KULTURLEGI?

Die Kulturlegi ist ein Angebot der Caritas und ermöglicht Menschen mit wenig Geld den Zugang zu vergünstigten Freizeitangeboten. Sie ist schweizweit gültig und ermöglicht Ihnen zum Beispiel einen vergünstigten Eintritt in Museen, in den Zoo oder ins Schwimmbad. Auch das Zeitungsabo, den Sportverein und den Deutschkurs gibt's für einen günstigeren Preis. Insgesamt erhalten Sie Rabatte von bis zu 70 Prozent auf über 3800 Angeboten in der Schweiz.
Um eine Kulturlegi zu beantragen, wenden Sie sich an die zuständige Regionalstelle Ihres Kantons **(kulturlegi.ch)**. Der Ausweis wird für ein Jahr ausgestellt und kann jeweils verlängert werden. Berechtigt sind Sie dann, wenn Sie nachweislich am oder unter dem Existenzminimum leben. Die genauen Kriterien sind von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Sie haben aber in der Regel eine Kulturlegi zugute wenn Sie von der Sozialhilfe unterstützt werden, Stipendien oder Ergänzungsleistungen zu AHV und IV erhalten, Ihr Lohn gepfändet ist oder wenn Sie keine öffentlichen Unterstützungsgelder beziehen, Ihr Einkommen aber nachweislich am Existenzminimum liegt.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

NACH STERNEN GREIFEN: Mit «Star Walk» auf astronomischen Spuren. FOTO: PD

So erkennt das Handy (fast) alles

«Was ist das?» Egal, ob ein Song, eine Pflanze oder ein Stern am Himmel — mit den richtigen Apps liefert ein Smartphone oft die richtige Antwort. «Saldo» testete die verbreitetsten Apps. Hier sind die besten —alle kostenlos für iPhone und Android.

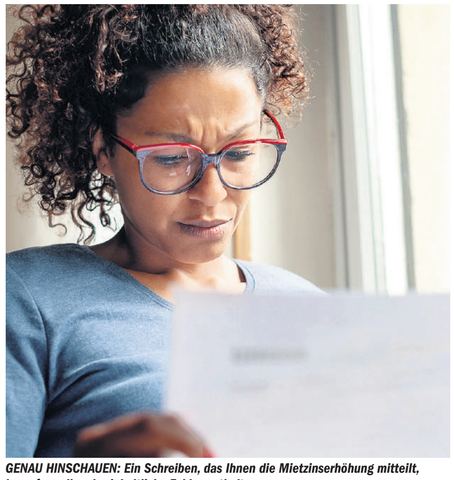
MUSIK: «Soundhound». Wer einen Song bestimmen will, verwendet häufig die App «Shazam». Im Praxistest war aber «Soundhound» etwas erfolgreicher. Je lauter die Musik und je leiser die Umgebung, desto zuverlässiger erkannte die App das Lied und benannte es. Bei Popsongs und bekannten Jazzstücken lag die App meist richtig. Bei Klassik war die Fehlerquote etwas höher.

Bei Pop und Jazz hat der «Soundhound» eine hohe Trefferquote.

PFLANZEN: «Flora Incognita». Die App braucht ein Foto und die Info, ob darauf die Blüte, die Blattoberseite oder die gesamte Pflanze zu sehen ist. War die App erfolgreich, zeigt sie den Namen und weitere Informationen an.

STERNE: «Star Walk». Eine praktische App für Astronomie-Interessierte: Man muss nur das Handy zum Himmel halten — und «Star Walk» zeigt den aktuellen Sternenhimmel an, samt Sternzeichen und wichtigen Himmelskörpern wie Planeten und Sternen. Wer ein bestimmtes Objekt sucht, kann sich mit Pfeilen zur korrekten Position am Himmel lotsen lassen.

SHOPPING: «Google Lens». Mit «Google Lens» lassen sich Objekte identifizieren. Sehen Sie zum Beispiel eine schöne Vase, können Sie sie fotografieren. Dann zeigt die App an, wie die Vase heisst und wo Sie sie zu welchem Preis kaufen können. Eine hohe Trefferquote hat die App bei Produkten mit speziellen Eigenschaften — etwa mit Logo oder aussergewöhnlicher Form. Bei Android heisst die App «Google Lens», auf dem iPhone ist die Funktion in die «Google»-App integriert. MARC MAIR-NOACK



GENAU HINSCHAUEN: Ein Schreiben, das Ihnen die Mietzinserhöhung mitteilt, kann formelle oder inhaltliche Fehler enthalten. FOTO: ISTOCK

Wohnen wird für viele teurer. Eine Mietzinserhöhung ist anfechtbar. Prüfen Sie sie!

Seien Sie pingelig – es geht um Ihr Geld

Derzeit steigen viele Mietzinse. Doch Sie müssen die Zinserhöhungen nicht in jedem Fall hinnehmen.

MARIA KÜNZLI

Fristen und Formelles beachten. Das Wichtigste: Die Frist zur Anfechtung der Mietzinserhöhung beträgt 30 Tage ab Erhalt des Schreibens. Verpassen Sie die Frist, dann müssen Sie die Mietzinserhöhung akzeptieren, auch wenn sie nicht rechtens ist! Die Anfechtung muss an die zuständige Schlichtungsbehörde geschickt und von allen Personen, die im Mietvertrag erwähnt sind, unterschrieben werden. Auf der Website des Mieterinnen- und Mieterverbands finden Sie Musterbriefe als Vorlage **(rebrand.ly/mietermusterbriefe)**.

Wann die Miete erhöht werden darf. Es ist klar definiert, wann die Vermieterschaft die Miete erhöhen darf: wenn die Teuerung steigt, die Unterhalts- und die Betriebskosten angestiegen sind (allgemeine Kostensteigerung), wenn der Referenzzinssatz angehoben wurde oder nach grösseren Umbauten oder Renovationen. Manchmal wird als Grund auch die Orts- und Quartierüblichkeit angegeben. Damit ist gemeint, dass die aktuelle Miete nicht dem entspricht, was sonst im Ort für vergleichbare Wohnungen bezahlt wird. Fechten Sie eine Erhöhung wegen Orts- und Quartierüblichkeit an, muss der Vermieter der Schlichtungsbehörde fünf vergleichbare Wohnungen vorlegen, um die Mietzinserhöhung zu rechtfertigen.

Mietzinserhöhung genau prüfen. Obwohl zurzeit leider eine oder mehrere Voraussetzungen zur Mietzinserhöhung erfüllt sein können, lohnt sich eine Prüfung auf jeden Fall. Zuerst einmal muss Ihnen die Mietzinserhöhung mit einem offiziellen Formular mitgeteilt werden. Ist dies nicht der Fall, ist die Erhöhung ungültig – und kann auch nach Ablauf der 30tägigen Frist noch angefochten werden.

Mehrere Mietparteien können sich auch gemeinsam wehren.

Ebenfalls muss ein genauer Grund für die Mietzinserhöhung genannt sein.

Bei der Beurteilung, ob die Erhöhung gerechtfertigt ist, kann Ihnen der Mieterinnen- und Mieterverband helfen. Mit dem Mietzinsrechner können Sie die Erhöhung auch online prüfen **(rebrand.ly/mietzinsrechner)**.

Wie weiter nach der Anfechtung? Hat die Schlichtungsbehörde Ihre Anfechtung bekommen, informiert sie die Vermieterin und setzt einen Verhandlungstermin an. Die Anfechtung können Sie jederzeit zurückziehen, sollten Sie sich in der Zwischenzeit mit der Vermieterschaft geeinigt haben. Betrifft die Mietzinserhöhung mehrere Wohnungen im Haus, ist es sinnvoll, sich zusammenzutun. Denn eine Anfechtung gilt nur für die Unterzeichnenden. Wer sich nicht wehrt, muss mit der Mietzinserhöhung leben, selbst wenn die Nachbarn mit der Anfechtung erfolgreich waren. Und kommt es zu einem Gerichtsverfahren, können sich die Mietparteien die Kosten teilen.

Schlichtungsverfahren. Kommt es an der mündlichen Verhandlung zu einer Einigung, wird sie in einem Vergleich festgehalten. Kommen Mieterinnen und Vermieter auf keinen gemeinsamen Nenner, kann die Schlichtungsbehörde eine Klagebewilligung erteilen. Sie kann auch einen Urteilsvorschlag erlassen. Das Urteil wird nach 20 Tagen rechtskräftig, sofern keine der Parteien innerhalb der Frist ablehnt. Lehnt eine der Parteien ab, kommt es höchstwahrscheinlich zu einem Gerichtsverfahren.

ANFECHTUNG

SCHUTZ VOR KÜNDIGUNG

Sie haben Angst vor einer Kündigung des Mietvertrags? Solange das Schlichtungs- oder Gerichtsverfahren läuft, sind Sie vor Kündigung geschützt. Bis zu drei Jahre nach dem Ende des Verfahrens gilt zudem der verstärkte Kündigungsschutz, egal, wie das Schlichtungsverfahren ausgegangen ist. Der Schutz gilt allerdings nicht, wenn die Rechtslage sehr klar ist und Sie in allen Punkten unterliegen. Und er gilt auch nicht, wenn die Vermieterschaft vor Gericht gewinnt. (mk)

Personalvertretungen in der MEM-Branche

Gut vorbereitet in die Lohnverhandlung

Die Kurse der Unia stärken die Personalvertretungen bei Lohnverhandlungen: mehr Lohn dank guter Vorbereitung und Verhandlungsstrategie.

Auch in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) müssen die Löhne rauf, das ist angesichts der Teuerung klar. Damit Personalvertreterinnen und -vertreter gut vorbereitet in die Lohnverhandlungen steigen können, organisiert die Unia Schulungen.

In den Kursen informieren Ökonominnen die Kursteilnehmenden über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in der MEM-Industrie. Erfahrene Kolleginnen und Kollegen zeigen die Strategien und Dynamiken von Lohnverhandlungen auf. Branchenkenntnis und taktisches Wissen sind beste Voraussetzungen für Verhandlungserfolge und stärken die Personalkommissionen bei den anstehenden Lohnverhandlungen.

KURS UND ONLINETREFFEN. Die nächsten Kurse in der Deutschschweiz finden zwischen dem 24. und dem 27. Oktober in Bern, Winterthur und Aarau statt. Im November und Dezember finden dann zwei Onlinetreffen statt. Dort werden Fragen beantwortet, die im Verlauf der Verhandlungen aufgetaucht sind. Die Kursteilnahme ist kostenlos. (isc)

Anmeldungen unter **rebrand.ly/memlohn**

workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!

Das Hotel Bern ist die perfekte Location, um Bern und Umgebung zu erkunden. Das historische Haus liegt mitten in der lebendigen City, nur fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof und 130 Meter vom Cityparking Metro entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zytglogge, das Berner Münster oder das Bundeshaus sind zu Fuss erreichbar. Der ideale Ausgangspunkt für Shopping und Sightseeing in der bezaubernden Zähringerstadt.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 14
Das Lösungswort lautete: SONNTAGSARBEIT

	A	F				A	B					A		E					
	G	E	W	E	R	B	E		B	U	N	K	E	R		A	L	B	
	U	I		B		R	E	F	E	R	A	T		A		G	A	V	
	I	N	S	E	R	A	T		T		S		A	T	L	A	S		
A	L	D	E	R		H		M	O	V	E	N	D	O		V		I	
	E		I		B	A	K	U	N	I	N		E		B	E	R	N	
	R	A	T	S	A	M		R		K		K	L	O	E	N	E	N	
R	A	B	E		L		G	E	R	A	D	E	N		R		L	E	
		T		S	T	O	E	R	E	R		F		V	E	G	A	N	
	K	U	T	T	E		B		D		G	E	B	O	T		X		
I	O	N		O		B	E	R	E	D	E	N		K		G	E	S	
	R		G	E	B	O	R	E	N		S		G	A	L	A	N	T	
	S	T	A	R		N		P		F	A	T	A	L		S		A	
	I		B	E	G	I	E	R	D	E	N		G	E	Y	S	I	R	
Z	N	U	E	N	I		I	O		E	G	G	E		B	E	C	K	

DEN PREIS, 200 Franken Reka-Card-Guthaben, hat gewonnen: Markus Schelker, Oberwil BL
Herzlichen Glückwunsch!

Weingebiet im Kt. VD			Fortpflanzungszelle	männl. Schwein	rauschhafter Zustand, Trance		Abk.: Automobilclub der Schweiz	ital. Artikel	Krustentier
Immobilien-...					Bauroh-stoff				
kurz für: an dem			unentschieden (Spiel)		Lernendenbewegung in Basel				
schon								Baumfrucht	
		8			schweiz. Nutzfahrzeugverband		den Telefonhörer nehmen		
Lebensabschnitt		schweiz. Fotograf † 2014		Keimfreiheit		7			
Schreitvögel							Windfächer		
				schweiz. Eishockeygoalie		aus grosser Ferne	1		
Brauch, Gewohnheit	rotes Gartengemüse		Essgeschirr f. Soldaten						
schwerfällig, faul						tourist. Reisebegleiter (engl.)		Fluss im Freiamt (Kt. AG)	
	2		ital. Winterkurort: San ...		Kauwerkzeug Mz.				
jp. Zierfisch		legendär. Gründer Roms							
nordgerman. Götter				10	Doppelkonsonant		männl. Fürwort		Tiergarten in Basel (ugs.)
Alle an die Lohn-... am 16.9!		überlegen, vorausschauen						4	
				Tonintervall					Pferdezuruf: links!

Antitranspirant (Kw.)		(jmdm. etwas) zufügen	Manuskriptprüfer	Abschiedsgruss	US-Soldat (ugs.)
		zeitl. Verzögerung (engl.)			
Spielkartenausteiler		CH-Ministerium			
	Kürbisgewächs		5		Hygieneprodukt
9		Qualitätsstufe (engl.)		Experiment	
	Landstreitmächte				
	Zauberei, Magie				
			Initialen e. CH-Tennisspielers		
Handmähgerät	Ort am Lago Maggiore				
			Ältestenrat		in Saus und ...
Unfug, Spass		Berner Eishockeyclub			
	Abzug, Zurückgehen			3	
	Teil des Fusses	Abk.: künstliche Intelligenz		an diesem Ort, dort	
	Papageienvogel				
Ständerat knausert bei ...					

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 22. September 2023

INSERAT

Traumferien!

Sowie weitere 99 Preise und praktische Geschenke im Wert von über 10’000 Franken zu gewinnen!

Schon vor unserem 20. Geburtstag am 1. Januar 2025 haben wir genug Gründe zum Feiern. Mach mit und gewinne tolle Preise.

Wissen deine Freund:innen und Kolleg:innen, dass wir Rechtsschutz, Beratung und Unterstützung bieten, aber auch Weiterbildung mitfinanzieren?

Du bist Botschafter:in der Unia. Für jedes neu geworbene Mitglied erhältst du eine **Prämie von 100 Franken** (für Lernende und Rentner:innen 50 Franken). Und hast jetzt die Chance, einen von **100 Preisen** im Wert von über **10’000 Franken** zu gewinnen.

Infos und detaillierte Teilnahmebedingungen zum grossen Wettbewerb findest du hier: **unia.ch/20jahre**

UNIA

WORKLESERFOTO

Flugpause

WANN Sommer 2023
WO Kartause Ittingen, Warth TG
WAS Plattbauchlibelle
Eingesandt von Max Althaus, Frauenfeld

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

10 workdossier 1. September 2023

Kaufkraft-Demo am 16. September: Das grosse work-Dossier zur Teuerung und zur sch

Darum haben immer mehr Mensche immer weniger Geld im Portemonna

Die Kaufkraft der meisten Menschen in der Schweiz nimmt ab: Die Löhne und Renten sinken oder stagnieren, die Krankenkassenprämien explodieren, die Wohnkosten steigen massiv, und der Inhalt des Einkaufswägelis wird immer teurer. Das ist keine Naturkatastrophe, sondern die Folge politischer Entscheidungen. Diese sind änderbar. Und darum lohnt es sich, für mehr Lohn und Rente, für mehr Prämienverbilligungen und tiefere Mieten zu kämpfen. In den Betrieben, an der Urne – und am 16. September in Bern auf der Strasse.

Löhne: Die Arbeitgeber sacken die Produktivitätsgewinne ein

Preis-Aufschläge

+6%

Renten: Bürgerliche wollen anständiges Leben im Alter nur noch für Reiche

Rentenlücke

−1 Monatsrente

Wohnkosten: Immobilien-Haie kassieren jährlich 10 Milliarden zuviel

Mietpreis-Hammer

+8%

Gesundheitswesen: Versorgung gut, Finanzierung hurdel

WORK 14 / 1.9.2023: WORK-DOSSIER TEUERUNG UND KAUFKRAFTVERLUST

Die Rechnung geht nicht auf

Ich habe dieses Jahr 50 Franken mehr Rente erhalten. Meine Miete stieg um 69 Franken. Und die Krankenkasse stieg auch, ausserdem die Versicherungen und die Lebensmittel. Wo sind die 50 Franken mehr Rente? Es ist ein Witz. Die Schweiz schickt uns immer weiter in die Armut.

ELISABETH KOCH, VIA FACEBOOK

Es wird Zeit, sich zu wehren

Unser System versagt auf der ganzen Linie. Zeit, dass das Volk sich endlich wehrt und für seine Interessen massiv aufsteht gegen all die Abzocker, Miethaie, Gesundstosser und all die Nutzniesser dieses unsäglichen, nahezu verbrecherischen kapitalistischen Wirtschaftssystems, das so viele ehrliche, hart arbeitende Menschen tagtäglich kaputtmacht!

PETER BRAND, VIA FACEBOOK

WORK 14 / 1.9.2023: EKEL-ALARM IN ZÜRCHER BACKSTUBE

Nie mehr Baumer Fladen

Mein Sohn, der mich immer an meinen Heimatort Bauma begleitet, hat mir den Skandal über Inhaber René Schweizer gezeigt, der das Café Voland gekauft hat. Am Muttertag letztes Jahr hatte ich dort das schlechteste Essen meines Lebens (ich bin über 80 Jahre alt). Ich hab das Plätzli nicht gegessen, aber richtig vermutet: Es kam vom Tiefkühler und aus der Mikrowelle! Im Café Voland haben wir auch immer Baumer Fladen gekauft, das lassen wir jetzt bleiben. Der Erfinder würde sich im Grab umdrehen bei dem Nachfolger.

ANNA MOLINA, ZÜRICH

Der Horror

Auch ich arbeitete in dieser Firma. Es war der absolute Horror. Einarbeitung Fehlanzeige, da bereits zwei Mitarbeiter fehlten, Infrastruktur mangelhaft und auch hier Fehlerquellen ohne Ende. Auch die Hygiene war mangelhaft und eine Katastrophe. Die Mitarbeiter, die bereits schon länger dort sind, wirkten total eingeschüchtert und krampften wie Tiere. Das Miteinander war so angespannt, dass man die Überlastung und die Überforderung wahrlich riechen konnte. Mir wurde in der letzten Woche der Probezeit gekündigt, da ich eine Magen-Darm-Infektion hatte, die über eine Woche dauerte. In der gleichen Minute, in der ich die Krankmeldung machte, war ich auch schon entlassen. Daraufhin hatte ich natürlich auch einen grossen finanziellen Schaden zu tragen.

YVONNE-GABRIELLA SIGRIST, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 14 / 1.9.2023: JESSICA SCHENKER ÜBER IHREN LEHRSTART ALS FACHFRAU GESUNDHEIT

Nur noch für Idealisten

Dieser Beruf ist nur noch für Idealisten. Gut, der Lohn ist in der Schweiz okay. Aber Anerkennung von oben wirst du nicht bekommen. Eher von den Patienten. Freizeit und Familienleben muss man zurückstellen. Will dich jetzt nicht abschrecken, nur kommt es darauf an, was dir wichtig ist. Wenn du es als Berufung nimmst, ist es wundervoll. Nur verabschiede dich von einem «normalen» Leben. Ich weiss, wovon ich schreibe. Alles Gute!

THOMAS POHL, VIA FACEBOOK

Beschämend

Das ist mutig. Merci, dass du die Ausbildung startest! Diese Branche ist aber kaputt. Beispiele? Wenn man nach dem Fähigkeitszeugnis (FZ) die höhere Fachschule besucht, um das Diplom zu erlangen, wird man in der Regel nochmals für zwei Jahre zum Lehrlingslohn angestellt.Und wenn man nach einem FZ Rettungssanitäter lernen möchte, wird man nochmals für sogar drei Jahre zum Lehrlingslohn angestellt. Getränke sind auf vielen Stationen durch die Mitarbeiter selbst zu bezahlen. Es ist so beschämend, wie man mit den Pflegenden umgeht! Zum Glück gibt es noch selbstlose Engel, die sich das antun.

BARNEY RUMBLE, VIA FACEBOOK

Wunderschön

Danke für deinen Entscheid, in die Pflege zu gehen. Neben allen Widrigkeiten ist es auch ein wunderschöner Beruf.

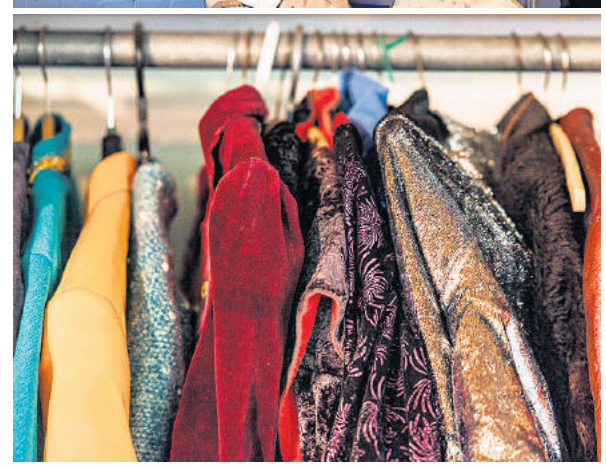
MIRIAM BOSSHARD, VIA FACEBOOK

Dragshow in Thun:

DEN PREIS, zwei Tickets für die Dragshow «qweertainment» vom 21. Oktober im «Mokka» Thun, hat Leserin Eliane Uetz gewonnen. Herzlichen Glückwunsch!

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**



***KLEIDER MACHEN ZIRKUS:** Zwei von vielen Arbeiten: Lea Hunzinger fährt den LKW und sorgt in ihrer Nähstube für die bunt glitzernden Outfits der Artistinnen und Artisten.*

LEA HUNZINGER

STUDENTIN, KRÄUTER-HEXE ODER PFLEGEMAMI

«Die Arbeit mit den Kindern macht mir Spass, deshalb könnte ich mir vorstellen Sozialpädagogik zu studieren. Aber davor würde ich gerne noch reisen. Peru wäre ein grosser Traum!» Denkt sie weiter über ihre Zukunft nach, könnte sie sich vorstellen, als Strassenkünstlerin ihr Geld zu verdienen, mal in der Gastronomie zu jobben oder «einfach Kräuterhexe zu sein». Am liebsten in einem Haus mit grossem Garten und vielen Pflegekindern.

Mehr als ein Fulltime-Job: Zirkusartistin, Fahrerin, Lichttechnikerin und Näherin **Lea Hunzinger (24)**

«Es gibt nie zu viel Glitzer!»

Fragt man Lea Hunzinger, als was sie arbeitet, fallen ihr mindestens zehn komplett verschiedene Tätigkeiten ein. Im Theaterzirkus Wunderplunder ist sie die talentierte Alleskönnerin.

DARIJA KNEŽEVIĆ | FOTOS SEVERIN NOWACKI

Manege frei für Lea Hunzinger: Als Teil des elfköpfigen Teams vom Theaterzirkus Wunderplunder gehört sie zu einer sehr bunten und etwas mysteriösen Welt. Hinter den Kulissen ist die Zirkuswelt weniger glamourös. Die Arbeit ist streng, die Tage lang, der Lohn tief. Doch was ist Hunzingers Motivation für den Job? «Es sind die faszinierten Kinderaugen, die Zusammenarbeit mit kreativen Köpfen und das Leben auf Rädern», sagt die 24jährige.

Hunzinger ist vor etwas mehr als drei Jahren per Zufall auf das Inserat vom Theaterzirkus Wunderplunder gestossen. Davor hat sie eine Berufslehre als medizinische Praxisassistentin absolviert und anschliessend bei einer Notfallpraxis gearbeitet. «Mir hat die Arbeit gefallen, doch ich hatte Mühe mit den Hierarchien. Als MPA ist man immer der Sündenbock. Entweder sind die Patienten unzufrieden oder die Ärztinnen», sagt sie. Die Berufswahl traf sie als Teenager mehr aus praktischen Gründen als aus Überzeugung. Denn in der Schule war sie schon immer gerne kreativ, mochte es, in der Natur zu sein und Abenteuer zu erleben. Eines Tages merkte sie: «Ich muss hier raus.» Also tauschte sie die Notfallpraxis gegen die Zirkusmanege.

LICHT UND GLITZER. «Als Kind war ich nie im Zirkus, ich wuchs streng christlich auf», sagt sie. Doch eine gute Freundin von ihr sagte ihr immer wieder, dass sie doch gut in einen Zirkus passen würde. Und so bewarb sie sich spontan auf den Allrounderinnen-Job bei Wunderplunder. Und die Zusage kam wie ein kleines Wunder: «Ich hatte ja weder Erfahrung im Zeltaufbau noch mit Kindern und schon gar nicht mit Magie!»

Doch der Theaterzirkus entscheidet im Bewerbungsprozess nicht nur nach den Fähigkeiten, sondern sucht die passende Persönlichkeit. Immerhin verbringt die elfköpfige Truppe sehr viel Zeit miteinander, und da muss die Chemie stimmen. Wer Teil von Wunderplunder wird, gibt sein 08/15-Leben auf. Von Frühsommer bis Spätherbst tourt der Zirkus im Raum Bern und Umgebung umher.

Dabei gibt es zwei Standbeine: einerseits das Theater, das immer mittwochs durch das Wunderplunder-Team aufgeführt wird. Und andererseits die Erarbeitung eines Zirkusstücks innerhalb einer Projektwoche. Das heisst: Wunderplunder steht jede Woche an einem anderen Ort und studiert mit Kindern oder Erwachsenen mit Behinderungen ein Zirkusstück ein. Die Teilnehmenden werden nach Disziplinen wie Feuer oder Luft in Gruppen aufgeteilt. Am Freitag wird das Zirkusstück zweimal aufgeführt, und danach zieht das Wunderplunder-Team schon wieder weiter.

Seit Lea Hunzinger beim Wunderplunder arbeitet, hat sie viel Verschiedenes gelernt. «Plötzlich kann ich mit Scheinwerfern und Lichtern umgehen, Glitzerpailletten an bunte Westen nähen oder mit Kindern kreativ sein», sagt sie. «Glitzer gibt's nie zu viel!»

SAMSTAGS REISEN, SONNTAGS RUHEN. Die Artistinnen und Artisten leben in selbstgebauten Wohnwagen. Mit im Schlepptau ist auch ein Wagen, der mit Küche und grosser Tafel als «Gemeinschaftswagen» dient. Ist ihre Tour im Herbst vorbei, arbeiten sie trotzdem weiter: Sie waschen das Zirkuszelt, nähen neue Kostüme, warten die Fahrzeuge und studieren neue Stücke ein. «Mein Arbeitspensum ist sicherlich weit über 100 Prozent. Doch die Arbeit hier beim Wunderplunder ist viel mehr als nur ein Job», sagt Hunzinger. Momentan ist es ihr Leben.

Samstags ist immer Reisetag. Da bricht der Theaterzirkus mit sechs Traktoren und einem LKW auf – jedes Fahrzeug zieht dabei zwei grosse Wagen. Eine schwere Last, weshalb der Zirkus nur auf Landstrassen und ganz gemächlich unterwegs sein kann. Auch Hunzinger sitzt am Steuer, seit dieser Saison fährt sie den alten LKW. «Dieses Fahrzeug fasziniert mich. Obwohl das Tempo bescheiden ist, gibt mir jede Fahrt ein Freiheitsgefühl», sagt sie.

Angekommen am neuen Ort, richtet die Truppe das Nötigste ein. Am Sonntag ist Ruhetag, da arbeitet auch der Zirkus nicht. «Sonntags habe ich Zeit für mich. Ich treffe Freunde, wenn wir irgendwo in der Nähe stehen, oder unternehme gerne auch etwas allein. Zum Beispiel einen Spaziergang oder einfach mal in meinem Wagen für mich sein», sagt sie. Denn ist man täglich immer unter Menschen, braucht man an den freien Tagen auch mal seine Ruhe.

Und der Lohn? «Wir verdienen seit kurzem 1500 Franken im Monat. Es gab die erste Lohnerhöhung von 300 Franken seit knapp 30 Jahren», sagt Hunzinger. Denn auch der Zirkus spürt die Teuerung. Mit diesem Lohn kommt die Künstlerin gut über die Runden. «Ich zahle keine Miete, weil ich in meinem Wagen wohne, und auch für das Essen ist gesorgt», sagt Hunzinger. Die Arbeit beim Wunderplunder ist für die 24jährige ein aufregendes Abenteuer, doch ganz klar nur eine Haltestelle. Zukunftspläne hat sie nämlich noch ganz viele.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Hans Baumann, Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Marius Käch, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jalily, verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jalily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.